Einzelpreis 15 Pf. Halle, Mittwoch, den 14. Januar 1920. 31. Jahrgang · Nr. 11

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet von 7½ Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postscheckkonto: Leipzig 161 05.

Volksblatt

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 2,25 Mk., vierteljährl. 6,75 Mk.; durch die Post bezogen monatl. 2. Mk., ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 30 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 90 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil.

Arbeitermord vor dem Reichstage!

Maschinengewehre und Handgranaten gegen Arbeiter-Massenkundgebungen!

22 Tote, 60 Verwundete! — Der Belagerungszustand verhängt!

Blaue Bohnen statt Rechte!

Ein Jahr nach der Januarerhebung ist in Berlin erneut Blut geflossen. Die Arbeiter fordern Rechte — Noske antwortet mit Maschinengewehren, und eine große Zahl von Opfern bedecken als Tote und Verwundete das Straßenpflaster. Was taten die Berliner Arbeiter? Sie machten nur von ihrem Rechte Gebrauch, wenn sie vor dem Reichstagsgebäude zu Tausenden

gegen das kapitalistische Betriebsrätegesetz

demonstrierten, das Regierung und Nationalversammlungsmehrheit der Arbeiterschaft aufzwingen will.

Wir haben den Zweck und die Wirkungen dieses arbeiterfeindlichen Gesetzes in mehreren Aufsätzen eingehend behandelt, und tun es auch heute wieder in einem besonderen Aufsatze. Die Arbeiterschaft kann dieses Gesetz, das ein blutiger Hohn auf das Rätesystem ist und das Ausbeuter- und Bevormundungsrecht der kapitalistischen Unternehmer wieder für alle Zeiten befestigen will, nicht widerstandslos über sich ergehen lassen. Es gilt nicht nur ihr Recht, sondern ihre Klassenpflicht, sich mit allen Kräften und Mitteln wuchtig gegen das Zustandekommen dieses Gesetzes-Machwerkes zu wehren.

In vielen Städten des Reiches hat die klassenbewußte Arbeiterschaft bereits durch machtvolle Massenkundgebungen gegen das Betriebsrätegesetz unzweideutig zu erkennen gegeben, wie es über diese parlamentarische Pfuscharbeit denkt.

In Leipzig und Umgegend

fanden am Montag abend elf außerordentlich stark besuchte Protestversammlungen wegen des Betriebsrätegesetzes statt. Sie waren sämtlich überfüllt und mehrfach mußten Parallelversammlungen, in einigen Fällen sogar mehrere Parallelversammlungen abgehalten werden. Die Versammelten gaben sämtlich ihrer Forderung Ausdruck, daß der ungenügende Gesetzentwurf verworfen und das revolutionäre Betriebsrätesystem durchgeführt werden müsse. In einer fast überall angenommenen Resolution wurde die Ersetzung des Betriebsrätegesetzes durch ein revolutionäres Gesetz gefordert und jeder Teilstreik verworfen, aber erklärt, daß die Vertrauensleute sich bereit halten sollen zu jeder Parole, die für den gemeinsamen Kampf ausgegeben werden soll. In mehreren Versammlungen traten Kommunisten auf, die eine Resolution unterbreiteten, die jedoch nur in einer Versammlung zur Annahme gelangte. Sie ist auch ein allgemeiner Protest gegen den Gesetzentwurf und fordert in unbestimmten Wendungen zum Kampf dagegen auf. — Die Militärbehörden hatten große Maßnahmen getroffen, es waren Reichswehrtruppen von auswärts nach Leipzig gebracht und die Zeitfreiwilligen-Regimenter alarmiert worden. Es gingen Gerüchte um, daß die Versammlungen durch die Militärs gesprengt werden sollen. So wurde wenigstens von Angehörigen der Truppe selbst versichert. Doch sind diese Drohungen nicht ausgeführt worden. Es ist nirgends zu Störungen und Unruhen gekommen.

Die Berliner Arbeiterschaft

erweiterte ihre Proteste gegen das Betriebsrätegesetz zu einer gewaltigen Demonstration vor dem Reichstagsgebäude. In einem Aufrufe in der Freiheit hatten dazu aufgefordert die größte Zahl der Berliner Gewerkschaften, so der Metallarbeiterverband, Holzarbeiterverband, Bauarbeiterverband, Fabrikarbeiterverband usw., ferner der Bezirksverband Berlin-Brandenburg der U. S. P. D. und der Vollzugsrat Groß-Berlin.

Der von den vorgenannten Organisationen unterzeichnete Aufruf lautete:

Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte!

Die Nationalversammlung tritt heute nachmittag zusammen. Sie hat den Auftrag, das Betriebsrätegesetz durchzupeitschen. In diesem Gesetz paart sich Verlogenheit mit Niedertracht. Wirtschaftliche Demokratie behauptet man euch geben zu wollen, in Wirklichkeit will man euch wieder fest an das kapitalistische Joch schmieden, will man die Betriebsräte zu Mameluken des Unternehmertums machen. Laßt euch eine solche Gesetzesmacherei nicht gefallen. Zeigt den Erwählten in der Nationalversammlung, daß ihr euch nicht zu geduldigen Objekten der Gesetzgebung erniedrigen lassen wollt.

Verlaßt daher heute mittag 12 Uhr die Betriebe. Demonstriert in Massen vor dem Reichstage!

Beweist der Regierung und der herrschenden Gesellschaft, daß ihr euch die letzte Errungenschaft der Revolution, die revolutionären Betriebsräte, nicht rauben lassen wollt. Auf zum Protest! Nieder mit dem Betriebsrätegesetz! Auf zum Kampf für das volle Mitbestimmungs- und Kontrollrecht, für revolutionäre Betriebsräte, für das revolutionäre Rätesystem!"

Zu vielen Tausenden, in unübersehbarer Menge war das Berliner Proletariat dem Rufe zur Demonstration gefolgt. Es wollte nichts, als der Nationalversammlung einmütig kundgeben, daß es mit der gesamten deutschen Arbeiterschaft das kapitalistische Betriebsrätegesetz verwirft, wirkliche Rechte fordert und nicht gesonnen ist, sich mit Scheinrechten abspeisen zu lassen.

Was aber tut die Regierung? Sie läßt Gewalt-Noske mit seiner Soldateska, mit Maschinengewehren und Handgranaten gegen die Demonstranten los. Sie fordern Rechte — Noske antwortet mit blauen Bohnen. läßt mit Maschinengewehren auf die unbewaffnete, wehrlose Menge schießen und richtet ein furchtbares Blutbad unter ihr an!

Mit dieser neuen unerhört schändlichen Tat häuft die „sozialistische" Regierung neue Schmach und Schande zu der alten. Treibt sie es doch ärger als die Gewalthaber des wilhelminischen Systems, das solche Brutalitäten kaum kannte. Sie ist nicht nur von jedem Fünkchen sozialistischen Geistes, sondern von allen guten Geistern überhaupt verlassen und treibt auf dem Wrack des Regierungsschiffes in dem Chaos hilflos umher. Dem Militarismus und den Agrariern ist sie willfährige Diener; ihnen gehorcht sie auf jeden Wink. Gegen die Rechte beischende Arbeiterschaft aber läßt sie Maschinengewehre auffahren und sie wie tolle Hunde niederschießen. In ihrer tölpelhaften Unfähigkeit weiß sie nichts Besseres als

den Belagerungszustand

wieder aufzurichten, und diesmal wieder fast über das ganze Reich. Das ist nichts anderes als die offene Bankerotterklärung der Ebert-Noske-Regierung, die im Volke selbst keinen Halt und keine Stütze mehr hat und sich nur noch mühselig und armselig am Leben erhält. Mit den neuen Blutaten, die ihr zu Lasten fallen, mit der erneuten Verhängung des Belagerungszustandes und seine Ausdehnung über den größten Teil des Reiches beschleunigt sie nur ihr Ende. Vertieft und verschärft sie doch damit nur den Haß der denkenden und aufgeklärten Arbeiterschaft gegen sich und vermehrt die in ihr aufgespeicherte Erbitterung ins Maßlose. Aus dieser Erbitterung und der grenzenlosen Verachtung gegen diese Belagerungszustands-Regierung wird das Proletariat die Kraft gewinnen, um eines Tages mit dem Blut- und Gewaltregimente der Noskemänner gründlich abzurechnen!

Belagerungszustand!

Berlin, 13. Jan. (W. T. B.) Auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung betr. die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen hat der Reichspräsident für das Reichsgebiet mit Ausnahme von Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden und der von ihnen umschlossenen Gebiete den Ausnahmezustand verhängt. Auf Grund des Ausnahmezustandes übernimmt Reichswehrminister Noske persönlich die vollziehende Gewalt für Berlin und die Mark Brandenburg. Als Zivilkommissar wurde der Berliner Polizeipräsident Ernst bestellt. Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel werden

Den toten Vorkämpfern der Revolution!

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zum Gedächtnis.

Morgen, am 15. Januar, jährt sich der Tag, an dem die beiden großen Vorkämpfer der deutschen Arbeiterklasse, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg meuchlings ermordet wurden.

In bestialischer Art hat eine vertierte Soldateska die zwei größten Bahnbrecher der deutschen proletarischen Revolution erschlagen — und die Mörder und ihre Anstifter sind bis heute noch nicht bestraft.

Tiefer Schmerz und heiße Empörung zerwühlt die Seele des Proletariats beim Gedenken an die schmählichen Meuchelmorde.

Die Revolution selbst ging ohne blutige Opfer vor sich, erst die Verzweiflungskämpfe gegen die Nutznießer der Revolution, die sich als ihre Verräter entpuppten, röteten das Straßenpflaster.

In Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht fanden die Anstifter mit untrüglichem Instinkt die beiden großen Persönlichkeiten heraus, die als geistige Führer des Verzweiflungskampfes einer verratenen Revolution gemordet werden mußten.

Es war das Wiedererwachen und Wiedererstarken des Militarismus, das in dem Doppelmorde seinen ersten Triumph feierte. Liebknecht und Luxemburg waren seit Jahren die hervorragendsten Kämpfer gegen den Militarismus gewesen. In ihrer Erkenntnisklarheit und in ihrem Wirken schienen gleichsam die Kräfte zusammengestellt, die den Moloch zu Fall brachten. So zogen sie alle den Haß auf sich, dessen der Geschlagene fähig war. Es liegt ein tiefer geschichtlicher Sinn darin, daß gerade der Militarismus den Meuchelmord begehen mußte. Die verworfenen Unholde, die die bestialische Tat ausführten, waren nur Werkzeuge in der Hand des Systems!

Aber da sich der Militarismus nach dieser ersten Kraftprobe zu neuer Blüte — diesmal gegen das eigene Volk und gegen die proletarische Revolution — entfaltete und ein Jahr lang hause und herrschte, mußten auch die militärischen Mörder Liebknechts und Luxemburgs unbestraft bleiben! Die Flucht der Mörder der vielen Revolutionsopfer und die Freisprüche der etwa doch Angeklagten sind nicht Zufall oder Willkür. Nein, sie offenbaren auch an ihrem Teil die geschichtliche Wahrheit, daß der Militarismus seit Weihnachten 1918 wieder herrscht und die organisierte Gegenrevolution diktiert.

•

Eine unauslöschliche Schmach für das deutsche Volk aber ist es, daß dies Gewaltregiment des neuen Militarismus getragen wird von einer Partei, die bis zum Kriege als die Verkörperung des Sozialismus auftrat.

Wenn das Bürgertum oder das Junkertum durch seine Organe die Gegenrevolution geführt und den Militarismus kommandiert hätten, so wäre ein ehener geschichtlicher Sinn gegeben gewesen. **Aber da die Scheidemann-Ebert-Noske die** Knebelung und Abwürgung der sozialistisch-proletarischen Revolution betrieben, so wurde diese Schmach für so erleuchtete Köpfe vom Range Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts unerträglich. So wurden sie in den letzten Wochen ihres opferreichen Kämpferdaseins, mehr aus dem Gefühl leidenschaftlicher Empörung als in ruhiger taktischer Abwägung der Erfolgsmöglichkeiten, zu den wagemutigen Bannerträgern der proletarischen Januarerhebung in Berlin. Ihr verzehrendes Feuer und ihr revolutionäres Temperament wollten mit Teilaktionen erzwingen, was damals nur hätte die Aktion der ganzen Klasse vollbringen können. Ihre Kampfesleidenschaft schaltete ihre bisherige klare Erkenntnis auf einen Augenblick aus, daß das Proletariat doch gespalten, daß sein (damals) größter Teil im Opportunismus versumpft, daß die Revolution nicht lediglich das Aufräumen des sozialistischen Proletariats war, sondern daß die Militärrevolte die Möglichkeit des Niederbruchs des alten Regiments geschaffen hatte.

In dieser Situation konnte nur die unwiderstehliche Macht der gesamten sozialistischen Arbeiterklasse die Diktatur des Proletariats erzwingen. Diese Macht war nicht da, die vorhandene Kraft war nicht geeint. Diese Tatsachen nicht in ihrer Taktik gebührend gewürdigt zu haben, ist das geschichtliche Irren der letzten Kampfzeit der beiden großen Kämpfer.

Aber das rechnet ihnen das Proletariat nicht als Schuld an. Nein! Denn sie haben nichts verfehlt, sie haben kein Teil an der Verantwortung für die Schmach, die über das sozialistische Proletariat während des letzten Jahres hereinbrach. Im Gegenteil, das Proletariat verehrt in den Gemordeten seine Helden, die sich in Kampfesleidenschaft selbstlos für die Befreiung der Klasse opferten, die ihr Leben in die Schanze schlugen, damit ihre Sache, die Sache des Sozialismus, um so leuchtender und reiner erstrahle. Liebknecht und Rosa Luxemburg bleiben als Kämpfer für die Befreiung der Unterdrückten für immer die herrlichsten Beispiele. Ihr Bild ist eingegraben in das Herz des ringenden internationalen Proletariats.

Und wenn wir heute ihres Todes gedenken, so fühlen wir im Tiefsten den Schmerz und die Erschütterung aufs neue, die vor einem Jahre das ganze internationale Proletariat bewegten.

Aber unser Herz darf nicht in Trauer zagen. Unser Hirn muß die Lehren aus dem Opfertode der beiden Großen ziehen. Unsere Erkenntnis muß reifen!

Und dann gehen wir an die Arbeit, in den Kampf. Die Gewinnung und Schulung der Arbeiterklasse für ihre Selbstbefreiung ist die Aufgabe. Klares Erkennen, kühnes Wollen, organisatorische Kraft und gesellschaftliche Reifmachung des Proletariats zur Leitung der menschlichen Gesellschaft — das ist der Weg zum Aufstiege. Der herrliche Kampfesgeist der Geopferten leuchtet uns voran!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200114-11/fragment/page=0001

verboten. Erneute Versuche, die Tagung der Nationalversammlung zu stören, würden mit rücksichtsloser Waffenanwendung verhindert werden.

Berlin, 13. Jan. (W. T. B.) Die in verschiedenen Orten des Reiches aufflammenden Unruhen, die blutigen Ausschreitungen vor der Nationalversammlung in Berlin, besonders aber die Notwendigkeit, den Eisenbahnbetrieb und die Kohlenversorgung zur Vermeidung einer wirtschaftlichen Katastrophe unter allen Umständen in Ordnung zu halten, haben den Reichspräsidenten veranlaßt, auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung für das gesamte Wirtschaftsgebiet mit Ausnahme von Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden und der von ihnen umschlossenen Gebiete die erforderlichen Ausnahmevorschriften zu erlassen. Wo keine Veranlassung besteht, werden die ausführenden Stellen von den Ausnahmevorschriften praktisch keinen Gebrauch machen. Betätigung durch Wort oder Schrift oder andere Maßnahmen verboten, die darauf gerichtet ist, lebenswichtige Betriebe zur Stillegung zu bringen. Lebenswichtige Betriebe sind alle öffentlichen Verkehrsmittel und alle Anlagen und Einrichtungen für Erzeugung von Gas, Wasser, Elektrizität und Kohle. Die Ausdehnung der Verordnung auf Bayern und Sachsen, wo Ausnahmevorschriften bereits bestehen, und auf Württemberg und Baden bleibt nötigenfalls vorbehalten.

Unterdrückung der unabhängigen Presse!

Freiheit und Rote Fahne verboten.

Berlin, 14. Januar. (W. T. B.) Der Reichswehrminister **Noske erläßt folgende Bekanntmachung:** Als Inhaber der vollziehenden Gewalt für Berlin und Brandenburg verbiete ich auf Grund der Verfügung des Herrn Reichspräsidenten gemäß Artikel 48 der Reichsverfassung vom 13. Januar 1920 Druck und Vertrieb der Freiheit sowie der Zeitung Die Rote Fahne.

Die Opfer.

Berlin, 13. Jan. (W. T. B.) Infolge der Ausschreitungen gegen die Nationalversammlung sind auf seiten der Sicherheitswehr zwei Tote, zwei Vermißte, die anscheinend verschleppt worden sind, und zehn Verwundete zu beklagen. Auf seiten der „Angreifer" wurden bisher 10 Tote und 40 Verwundete gezählt.

Eine amtliche Darstellung.

W. T. B. verbreitet unterm 13. Januar die folgende amtliche Darstellung: Nach einem uns über die bedauerlichen Vorgänge vor dem Reichstagsgebäude zugegangenen authentischen Bericht verlief die Demonstration vor dem Reichstag bis gegen 3/4 Uhr verhältnismäßig ruhig. In dieser Zeit versuchten an der linken Seite des Portals 1 mehrere Männer in Matrosenuniform gegen die Auffahrt vorzudringen und leisteten den Sicherheitswehrleuten, die sie zurückdrängen wollten, Widerstand. Die nachfolgende Menschenmenge drang immer weiter vor. Die Lage der Sicherheitsmannschaften an der linken Auffahrt wurde plötzlich bedrohlich. Mehrere Mannschaften wurden von der Menge entwaffnet, mißhandelt, mit Füßen getreten und zum Teil weggeschleppt. Wie von Abgeordneten der Nationalversammlung, Beamten des Reichstags und von Pressevertretern bezeugt wird, hat dann ein Mann von der Freitreppe aus mit einem der Gewehre, die den Sicherheitsmannschaften abgenommen waren, mehrmals geschossen. Ein Sicherheitswehrmann, der sich im Vorraum der Rotunde und am Hauptportal nach dem Königsplatz zu befand, wurde durch einen Schuß verwundet. Die am Königsplatz versammelte Menge setzte ihren Versuch, in das Reichstagsgebäude einzudringen, mit größtem Nachdruck fort, wobei es zu wüsten Szenen kam. Den bedrohten Mannschaften vom Portal 1 wurde Verstärkung von den Seitenportalen gesandt. Die erste Verstärkung, die von Portal 2 vorgeschickt wurde, wurde von der Menge angegriffen, entwaffnet und mißhandelt. Als dann die Menge gegen das Portal 2 gleichfalls vorging und die Aufforderung des wachhabenden Offiziers, zurückzugehen, da sonst geschossen würde, ohne Erfolg blieb, sah sich die Sicherheitspolizei genötigt, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Hätte sie noch wenige Sekunden gezögert, so wäre sie von den Angreifern überwältigt und entwaffnet worden. Da die Menge sofort auseinanderstob, wurde das Feuer nach einer Viertelminute eingestellt. Um dieselbe Zeit wie am Portal 2 sah sich auch am Portal 1 die durch Portal 5 verstärkte Besatzung genötigt, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen."

So ähnlich las man es unter Wilhelm auch. Wer da weiß, wie solche amtlichen Berichte zustande kommen, der ist sich auch über ihren Wert keinen Augenblick im Zweifel. Es ist immer so: nicht die bis an die Zähne bewaffnete Noske-Soldateska ist der Angreifer gewesen, der das grausige Blutbad angerichtet hat, sondern die wehrlose und friedliche Volksmenge. Wenn die Regierung schon nach Rechtfertigung ihrer Blutschuld sucht, muß sie sich schon bessere aussuchen, als die in der Aufmachung des alten Polizeistils. Die beweisen und bestätigen höchstens, daß sie nicht imstande ist anders zu regieren als nach dem System des alten Polizei- und Militärstaates!

Der Streik der Eisenbahner.

Die Hetze der Regierung.

Mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln bemüht sich die Regierung Stimmung gegen die im Lohnkampfe stehenden Eisenbahner zu machen, und die bürgerliche Presse macht aufs sorgfältigste all die Manöver mit, die ihr von der Regierung vorgeschrieben werden. Der Friedensvertrag war kaum in Kraft getreten, da verbreitete die bürgerliche Presse die Mitteilung, daß die Gefangenen deshalb nicht abtransportiert werden könnten, weil infolge des Eisenbahnerstreiks nicht rechtzeitig Transportzüge zur Stelle geschafft werden konnten. Demgegenüber mußte der Vertreter des Kriegsministeriums sofort feststellen, daß überhaupt noch keine Transportzüge angefordert waren, daß also von einer Nichtstellung infolge des Eisenbahnerstreiks gar nicht die Rede sein kann. Trotzdem ermahnte die Regierung sofort die bürgerliche Presse, von neuem darauf hinzuweisen, daß die Gefangenentransporte durch den Streik der Eisenbahner gefährdet würden. Zwar hat die Regierung nicht die geringste Nachricht darüber, ob die streikenden Eisenbahner den Heimtransport der Kriegsgefangenen nicht als Notstandsarbeiten betrachten und ausführen werden. Aber es sind ihr eben alle Mittel recht und selbst die Kriegsgefangenen müssen dazu herhalten, der Hetze der Regierung gegen die Eisenbahner zu dienen. Deshalb erzählt man auch regierungsamtlich der Presse die Märchen, daß die Eisenbahner zwar die Züge mit Entente-Vertretern abfertigten, aber die Milchzüge am Einlaufen verhinderten. Deshalb erfindet die Regierung angeblich „Sabotage"-Akte. Die Telegraphen- und Telephon-Arbeiter sollen die Leitungen zerstört haben. Der Vertreter des Reichspostministeriums muß erklären, daß die Leitungsstörungen in großem Umfange auf den Sturm der letzten Tage zurückzuführen sind. Angeblich seien auch Sabotage-Akte vorgekommen, die seien aber nicht von besonders einschneidender Bedeutung und vor allen Dingen wisse man noch gar nicht, von wem sie verübt seien. Das alles geniert die Regierung nicht weiter, sie läßt sofort darauf durch einen anderen Regierungsvertreter

Blutige Eröffnung der Nationalversammlung.

Der Reichstag mit Maschinengewehren besetzt. — Stürmische Auseinandersetzungen. — Schamloses Verhalten der Noskesozialisten.

Berlin, 13. Januar.

Heute mittag um 3 Uhr sollte die Nationalversammlung nach den Weihnachtsfeiertagen wieder eröffnet werden, um in einer kurzen Tagung das Betriebsrätegesetz zu erledigen. Die Berliner Arbeiterschaft, die mit Recht in diesem Betriebsrätegesetz die Vernichtung des letzten Restes der revolutionären Errungenschaften sieht, hatte zu mittag die Arbeit verlassen und

demonstrierte in gewaltigem Massenaufgebot vor dem Reichstage.

Der ganze Königsplatz war dicht mit Arbeitern und Arbeiterinnen besetzt, die zum Teil rote Fahnen oder ihre Betriebsstandarten mitgebracht hatten. Rund um das Reichstagsgebäude und im Reichstag selbst waren große Haufen Sicherheitswehr postiert. Das Vestibül des Reichstages glich einem Heerlager, alle Treppenstufen waren mit Sicherheitssoldaten, ausgerüstet mit Handgranaten und Handfeuerwaffen, belagert. Maschinengewehre waren in Stellung gebracht.

Zu Beginn der Sitzung gab deshalb Genosse Geyer im Namen der Unabhängigen Fraktion folgende Erklärung ab:

„Das Haus ist von Militär mit Maschinengewehren besetzt. Diese Besetzung kann nicht anders als mit Zustimmung des Herrn Präsidenten erfolgt sein. Es ist des Parlaments unwürdig, unter solchen Maßnahmen zu tagen. Diese Maßnahmen sind der Ausfluß einer neuen Militärherrschaft, die erfüllt ist von dem Geiste des alten Militarismus, sie sind ein Hohn auf die angeblich freieste Verfassung der Welt. Wir protestieren gegen diese provokatorische Maßnahme und fordern sofortige Beseitigung des Militärs aus dem Hause."

Der Präsident erklärte darauf, diese militärischen Vorbereitungen seien von der Regierung für notwendig gehalten worden und er habe keine Veranlassung gehabt, sich dagegen zu wehren. In lebhafter Geschäftsordnungs-Debatte protestierten nochmals die Genossen Henke und Geyer gegen die militärische Besetzung, die des Parlaments unwürdig sei. Da keine andere Partei des Hauses sich diesem Protest anschloß, wurde schließlich in die Tagesordnung eingetreten und der Berichterstatter über das Betriebsrätegesetz erhielt das Wort. Einige unabhängige Abgeordnete waren hinausgegangen, um einige Worte an die Volksmassen zu richten. In dem Moment wurde, wie der Abgeordnete Laukant beobachtet hatte,

aus dem Reichstag ein Schuß abgegeben,

worauf dann verschiedene Schüsse fielen. Das gab den Anlaß, daß die Soldaten eine Art

Schnellfeuer auf die Massen

richteten. Eine große Anzahl Schwerverwundeter bedeckte bald den Platz. Im Vestibül des Reichstags lagen gegen zehn Mann, einige darunter sehr schwer verwundet. Andere Schwerverwundete wurden nach der Wache am Brandenburger Tor gebracht und einige, darunter auch Tote, waren schon mit schnell improvisierten Krankenwagen davongefahren worden. Auf Einspruch der Unabhängigen Fraktion wurde die Sitzung des Reichstags auf kurze Zeit ausgesetzt. Nach Wiedereröffnung beantragte die Unabhängige Fraktion Vertagung aus Rücksicht auf die Opfer der militärischen Attacke, die im Hause in ihrem Blute liegen. Der Präsident widersprach und die Reden unserer beiden Genossen Geyer und Henke vermochten nicht auch nur einen Abgeordneten der bürgerlichen Parteien oder der Rechtssozialisten für den Unabhängigen Antrag zu bewegen. Auch die Rechtssozialisten hielten es nicht einmal für notwendig, den Unabhängigen Antrag zu unterstützen. Es wurde in die Verhandlung eingetreten. Die Unabhängige Fraktion protestiert aber ununterbrochen durch Schlußrufe gegen die Fortsetzung der Verhandlung. Schließlich werden die Genossen Geyer, Laukant und Düwell für die Dauer der Sitzung ausgeschlossen und die Sitzung abermals vertagt.

Die Unabhängige Fraktion ist entschlossen, jede Fortsetzung der Verhandlung am heutigen Tage zu verhindern.

Sitzungsbericht.

Nationalversammlung, Sitzung am Dienstag, den 13. Januar, 3¼ Uhr nachmittags.

Präsident Fehrenbach widmet dem am 26. Dezember 1919 verstorbenen demokratischen Abgeordneten Bärwald einen Nachruf, den die Abgeordneten stehend anhören. Der Präsident teilt weiter mit, daß der Abgeordnete Winnig (Rechtssoz.) sein Mandat niedergelegt hat.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt

Abgeordneter Geyer-Leipzig (U. S.)

zur Geschäftsordnung: Im Namen meiner Fraktion habe ich zu erklären: **Das Haus wird**

von bewaffneter Macht mit Maschinengewehren besetzt.

Die Besetzung kann nur mit Zustimmung des Präsidenten erfolgt sein. Es ist des Parlaments unwürdig, unter solchen Maßnahmen zu tagen. (Lachen rechts.) **Diese Maßnahmen sind der Ausfluß einer neuen Militärherrschaft,** (Lachen rechts) **die erfüllt ist von dem Geiste des alten Militarismus.** (Unruhe und Lachen rechts.) **Sie sind**

ein Hohn auf die angeblich freiheitliche Verfassung der Welt.

(Erneutes Lachen recht.) **Wir protestieren gegen diese Gewaltmaßnahmen und fordern**

sofortige Beseitigung des Militärs

aus dem Hause. (Beifall b. d. U. S., Lachen rechts.)

Präsident Fehrenbach: Bei meiner Ankunft heute vormittag ist mir vom Bureaudirektor mitgeteilt worden, daß die Regierung gewisse Polizei- und Sicherheitsmaßregeln für den heutigen Tag als angezeigt erachtet hat. (Hört, hört! b. d. U. S.) Ich hatte weder das Recht noch eine Veranlassung, in die von der Regierung getroffenen polizeilichen Sicherheitsmaßregeln einzugreifen. (Rufe bei den U. S.: O doch!) Die Gewährleistung der Sicherheit auch der Abgeordneten ist Sache der Regierung, und in diese Maßnahmen einzugreifen, wird jedem Präsidenten eines Parlaments fernliegen.

Abg. Henke (U. S.):

In diesem Hause hat der Präsident das Hausrecht. Die Aufbietung der bewaffneten Macht verstößt

gegen alle Grundsätze der Demokratie.

(Lachen und Unruhe rechts.) **Es ist ein Hohn auf das Haus und** seine Inschrift: „Dem deutschen Volke", wenn mit Maschinengewehren bewaffnete Soldaten das Haus schützen. Wogegen [illegible] denn das Haus geschützt werden? **Unsere Verhandlungen werden nicht im geringsten gefährdet, wenn draußen das Volk demonstriert. Wir fordern die sofortige Entfernung der bewaffneten Macht aus dem Hause.** (Unruhe rechts.)

Präsident Fehrenbach: Mir hätte es nicht an Mut gefehlt, auch ohne diese Maßnahme zu tagen. Wenn aber die Regierung Sicherheitsvorkehrungen für notwendig hält, so habe ich keine Veranlassung und kein Recht, ihr in den Arm zu fallen.

Abg. Geyer-Leipzig (U. S.): Es steht von je fest, daß das Haus allein seine Freiheit wahrt, und daß der Präsident dazu bestellt ist, ohne jeden Eingriff seitens der Regierung. **Wir hätten gewünscht, der Präsident hätte selbst gegen die Polizeimaßnahmen protestiert und die Würde des Hauses so gewahrt, wie sie am besten zu wahren ist. (Beifall b. d. U. S.)**

Bei der zweiten

Beratung des Betriebsrätegesetzes

berichtet unter großer Unruhe des Hauses

Abg. Schneider-Sachsen (Dem.) über die Ausschußverhandlungen.

Plötzlich stürzt gegen 3¾ Uhr eine Gruppe Unabhängiger Sozialdemokraten in den Sitzungssaal, voran die Abg. Frau Zietz und der Abg. Henke, und rufen in größter Erregung:

Draußen wird geschossen!

Im Hause und auf den Tribünen entsteht

ein ungeheurer Tumult.

Zahlreiche Abgeordnete machen dem Präsidenten Fehrenbach erregte Zurufe. Unabhängige und Rechtssozialisten reden erregt aufeinander ein. Der Präsident versucht wiederholt vergeblich, dem Berichterstatter das Wort wieder zu verschaffen, und bricht schließlich die Sitzung ab. Der Tumult im Saale dauert an. Von der Journalistentribüne aus versucht ein Jugendlicher in Feldgrau, eine Ansprache zu halten.

Um 4¼ Uhr eröffnet Präsident Fehrenbach die Sitzung aufs neue: Zu unserem herzlichen Bedauern muß ich feststellen, daß Verwundungen vorgekommen sind, darunter, wie ich höre, auch solche mit tödlichem Ausgange. (Zuruf von Frau Zietz.) Wir sind gegenwärtig nicht in der Lage, die Schuldfrage festzustellen ohne ausreichende Unterlagen. Ueber die Opfer (das Haus hat sich erhoben) drücke ich meine herzliche Teilnahme und mein Bedauern aus. (!) Jetzt kommt alles darauf an, dem Reiche und dem Auslande gegenüber die volle Ruhe zu bewahren. Es wird den stärksten Eindruck machen, wenn wir jetzt ruhig in unserer Beratung fortfahren. (!) (Lebhafter Widerspruch bei den U. S. und Rufe: Nein, nein!) Wir bringen den Verwundeten unser tiefstes Bedauern entgegen. (Zuruf der Frau Zietz: Na also!)

Die Schuldfrage können wir aber jetzt unmöglich erörtern.

Es muß jedoch den stärksten Eindruck machen, wenn wir als entschlossene Parlamentarier trotz des bedauerlichen Vorfalles unserer herben Pflicht folgen und weiter tagen.

Abg. Henke (U. S.):

Im Namen meiner Freunde beantrage ich Vertagung. **Wir** müssen der ruhigen Vernunft folgen. **Es würde auch auf das Ausland den besten Eindruck machen, wenn wir den Gepflogenheiten der Demokratie entsprechend, uns nicht im Widerspruch zu dem Volksgefühl setzen, und uns vor den Opfern da draußen beugen.** Es geht nicht, daß diese Sache zur Prestigefrage gemacht wird, und der Präsident im Sinne des Prestiges der Nationalversammlung wirkt. **Es kann keine größere Aufreizung des Volkes geben als den Vorfall da draußen. Sie würde verstärkt, wenn die Nationalversammlung ihre Tagesordnung für wichtiger hält, als die Vorgänge außerhalb des Hauses.** Gegen die Fortsetzung der Tagung halten wir jeden Widerstand für nötig. (Große Unruhe.) Brechen Sie deshalb die Verhandlungen ab. (Beifall b. d. U. S.)

Präsident Fehrenbach: Die Prestigefrage scheidet aus. Die Minderheit muß sich der Entscheidung der Mehrheit fügen. Das gehört zum Wesen der Demokratie. (Zustimmung bei der Mehrheit.)

Abg. Geyer-Leipzig (U. S.): **Ich fühle mich außerstande, heute der Verhandlung ruhig zu folgen, wo die Opfer der Unruhen tot oder sterbend im Hause liegen. Draußen wird das Weitertagen den Eindruck von Gemütsroheit machen.** (Sehr wahr! b. d. U. S.) **Wer es fertig bringt, jetzt weiterzutagen, während Tote und Verwundete im Hause liegen, dem fehlt die Tiefe des menschlichen Gefühls. Wir werden tun, was zur Verhinderung der Verhandlungen nötig ist.**

Präsident Fehrenbach: Der Vertagungsantrag bedarf der Unterstützung von 30 Mitgliedern.

Abg. Henke (U. S.): Jetzt kommt es nicht auf die **Grundsätze der Demokratie,** sondern auf

die Grundsätze der Menschlichkeit

an. Aus Gründen der Menschlichkeit ersuche ich um Annahme unseres Vertagungsantrages.

Präsident Fehrenbach stellt die Unterstützungsfrage; für den Antrag auf Vertagung erheben sich nur die Unabhängigen. **Die Unterstützung reicht nicht aus.** (Rufe auf den Tribünen: Pfui! Roheit!) Im Hause entstehen Auseinandersetzungen zwischen Rechtssozialisten und Unabhängigen.)

Berichterstatter Abg. Schneider-Sachsen (Dem.) nimmt das Wort zur Fortsetzung des Berichtes über die Ausschußberatungen. Sämtliche unabhängigen Abgeordneten erheben sich und rufen: „Roheit! Pfui! Schluß!" Von den Mehrheitsparteien kommen Gegenrufe. Die Parlamentsstenographen nehmen daher neben dem Berichterstatter Platz. Abg. Schneider diktiert ihnen seine Rede, die im allgemeinen Lärm völlig verloren geht.

Präsident Fehrenbach erteilt den Abgeordneten Dr. Geyer-Sachsen (U. S.), Düwell (U. S.) und Laukant (U. S.) Ordnungsrufe und fordert sie gleichzeitig auf, den Saal zu verlassen. Die genannten Abgeordneten entsprechen der Aufforderung nicht; die Schlußrufe der Unabhängigen verstärken sich.

Präsident Fehrenbach (um 4½ Uhr): Ich unterbreche die Sitzung auf eine Viertelstunde. **Den wiederholt zur Ordnung gerufenen Abgeordneten Laukant, Düwell und Dr. Geyer-Sachsen untersage ich, an der nächsten Sitzung teilzunehmen.**

Unter Anwesenheit der drei ausgeschlossenen Abgeordneten eröffnet Präsident Fehrenbach erneut die Sitzung um 5 Uhr 5 Min. und führt aus: Bei meiner ersten Darlegung der bedauerlichen Vorgänge habe ich von Verwundungen, vielleicht sogar tödlichen Verwundungen gesprochen. Inzwischen ist die Zahl der Opfer festgestellt worden. Ich habe dem Hause die höchst betrübende Tatsache mitzuteilen, daß wir mit 10 Todesfällen zu rechnen haben. (Lebhafte Bewegung. — Vereinzelte Pfuirufe auf den Tribünen.) **Der Umstand, daß auch Tote hier in unserm Hause liegen, verändert die Sachlage von vorhin und macht es uns allerdings unmöglich, die Sitzung fortzuführen.** Ganz abgesehen von der Schuldfrage spreche ich den Opfern (!) und ihren Angehörigen das tiefste Bedauern und das tiefste Mitgefühl der Nationalversammlung aus. Die nächste Sitzung beraume ich auf Mittwoch, 10 Uhr vormittags, mit derselben Tagesordnung an. — Schluß 5¼ Uhr.

---

erklären, daß durch die streikenden Arbeiter Sabotage verübt werde. Beispiele weiß die Regierung zwar nicht anzugeben, aber zum Zwecke der Hetze sind diese Mittel vorzüglich geeignet. Daß bei einem solchen Verhalten die Eisenbahner an den immer wieder heuchlerisch betonten guten Willen der Regierung nicht glauben, wird ihnen niemand übel nehmen. Wer mit so schmutzigen Methoden gegen wirtschaftliche Forderungen kämpft, von dem wird man kein ernsthaftes Verständnis für die Not der Eisenbahner erwarten dürfen.

Das Auf und Ab der Streikbewegung.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß noch immer Nachrichten aus dem Reich einlaufen, die neue Streikbeschlüsse der Eisenbahner melden.

Eine große Versammlung der Eisenbahner in Magdeburg verlief außerordentlich stürmisch. Von vielen Rednern wurde der sofortige Eintritt in den Streik gefordert. Es wurde beschlossen, eine Urabstimmung über den Streit in allen Betrieben und Dienststellen des

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200114-11/fragment/page=0002

Direktionsbezirks Magdeburg vorzunehmen. Die Abstimmung muß bis zum 14. Januar, also heute, beendet sein. Mit den andern Dienstbezirken soll sofort zur Herbeiführung einer

Einheitsaktion in ganz Mitteldeutschland

Fühlung genommen werden.

Wir stehen also unmittelbar vor einem Eisenbahnerstreik in ganz Mitteldeutchland. Im Westen dagegen scheint die Eisenbahnerbewegung vorläufig etwas abzuflauen. Aus Münster wird uns berichtet, daß in einer großen Versammlung von Eisenbahnarbeitern des Direktionsbezirks Münster beschlossen wurde, die Arbeit am 13. Januar abends wieder aufzunehmen.

In Düsseldorf fand gestern abend eine von der örtlichen Streikleitung einberufene Versammlung der Eisenbahner statt, um über die Annahme oder Ablehnung des Beschlusses der Hauptstreikleitung in Elberfeld, die Arbeit wieder aufzunehmen, abzustimmen. Nach erregter Auseinandersetzung wurde der Antrag auf Beendigung des Streiks angenommen. **Eine weitere Entschließung besagt, daß, falls die Regierung bis zum 23. Januar die von ihr gemachten Zugeständnisse nicht erfüllt, die Eisenbahner beschlossen, wieder in den Streik zu treten.**

Der Eisenbahnerstreik in Flensburg und Neumünster ist nach eintägiger Dauer durch die Verhandlungen des Eisenbahnpräsidenten aus Altona und des Staatskommissars Köster in Flensburg beigelegt worden.

Der Streik in Hamborn.

In Hamborn kam es durch das Einrücken des Reichswehr-Bataillons Schulz erneut zu Unruhen. **Von seiten der Noskesöldner wurde scharf geschossen, wobei ein Arbeiter getötet und sieben mehr oder weniger schwer verletzt wurden. Außerdem wurden 228 Arbeiter festgenommen; 208 davon wurden wegen Ueberfüllung des Gefängnisses in Hamborn (!) nach Wesel abtransportiert. Im Hamborner Revier sind daher die Belegschaften sämtlicher Thyssenscher Zechen in den Ausstand getreten. Sie fordern die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes und Freilassung der in Haft Befindlichen.**

Unterdrückung des Streiks im besetzten Gebiet.

Wie die bürgerliche Presse meldet, ist über die Streikgebiete im besetzten Rheinlande von der britischen Behörde der Belagerungszustand verhängt worden. Die Straßen müssen um 6 Uhr abends geräumt sein; Ansammlungen sind verboten. Männliche Personen dürfen die Straßen nur in Abständen von fünf Metern einzeln passieren. Am Sonnabend wurden über hundert Personen von der Leitung des Streiks der Arbeiter des Elektrizitätswerkes in Köln verhaftet, was die Parole zum allgemeinen Ausstand bildete. Indessen haben die ausständigen Eisenbahner im Direktionsbezirk Köln am Montag die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem die Eisenbahndirektion erklären ließ, daß alle Ausständigen, die die Arbeit nicht wieder aufnehmen würden, aus dem Eisenbahndienst entlassen seien.

Notizen.

Koltschak gefangen! Helsingfors, 13. Januar. (W. T. B.) Einem bolschewistischen Funkspruch zufolge ist Koltschak mit seinem ganzen Stabe gefangengenommen worden.

Eine Mark = 2 Cents. Neuyork, 12. Januar. Das Heeresamt in Washington setzte den Wechselkurs der deutschen Mark im Monat Januar für Heereszwecke auf zwei Cents fest.

Weitere Kommunistenverhaftungen in Neuyork. In der vergangenen Woche sind in Neuyork weitere hundert Kommunisten verhaftet worden. Sie wurden größtenteils in einem Militärlager untergebracht, um dann deportiert zu werden.

Rückkehr aus Japan. Der dritte Heimschaffungstransport deutscher Kriegsgefangener hat Japan am 5. Januar auf dem Dampfer Himalaja Maru verlassen. An Bord befinden sich ungefähr 1000 Gefangene, von denen der größte Teil aus dem Lager Kurume, die übrigen aus dem Lager Nagoya stammen.

Aus der Partei.

Neues Parteiblatt. Seit Anfang des Jahres erscheint auch in Mecklenburg dreimal wöchentlich ein Organ der U. S. P., und zwar die Volkswacht in Rostock. Das ist um so bemerkenswerter, als die Sozialverräter über nicht weniger als vier Parteiblätter in Mecklenburg verfügen. Es tagt also auch im dunkelsten Deutschland.

Aus der Provinz.

Provokationsübung in der Reichswehr.

Am Sonntag, den 28. Dezember, vormittags 10½ Uhr, versammelte sich die Bürgerwehr der Stadt Naumburg auf dem Kasernenhofe der Neuen Jäger-Kaserne, um das praktische Vorführen, „wie man mit Spartakisten umgeht", sich anzusehen.

Die zweite Kompagnie des dortigen Jägerbataillons hatte den Auftrag, diesen Akt auszuführen. Sechs stahlbehelmte Nosketen mit aufgepflanztem Seitengewehr, Uebungshandgranaten am Koppel und „Platzpatronen geladen" mußten ausgeschwärmt jetzt 30 andere Nosketen, die Spartakisten darstellten, zurücktreiben. Die angeblichen Spartakisten bedienten sich der Ausdrücke „Bluthund", „Faules Schwein", „Lump" und noch anderer Schimpfwörter. Dafür wurden sie von den Nosketen mit Kolbenstößen, Fußtritten usw. belohnt. Bei dem weiteren Vorgehen und Zurückdrängen der Spartakisten wurden Handgranaten geworfen und Schüsse aus dem Gewehr 98 abgegeben. Während dieser Ereignisse liefen die markierten Spartakisten rückwärts in die Kaserne und die Nosketen feuerten mit Platzpatronen in die Luft hinter her.

Als nun die Spartakisten weit genug in die Enge getrieben waren, wurde ein Stacheldraht zwischen dem Familienhaus und Kaserne gezogen und ein doppelter Posten aufgestellt. Die sich eingefundenen Dickbälge der Bürgerwehr haben unter Freudenausbrücken diesen Vorgang verfolgt. Einige von diesen Elementen drückten sich in Worten aus: „Hoffentlich können wir, wenn noch mal Unruhen ausbrechen, diese Vorführungen persönlich durchmachen." Dann wurde die Festnahme eines Spartakisten vorgenommen. Obschon es ein Gesinnungskadette war, wurde er recht unsanft angefaßt. Auch bei ihm wurden Kolbenstöße usw. zur Anwendung gebracht.

Zu diesen ganzen Vorführungen gab der Komp.-Führer eine Erklärung. Dann wurde das Vorgehen eines leichten M.-G.s gegen ein besetztes Haus vorgeführt. Die Nosketen kamen aus einer Ecke und kletterten mit dem Maschinengewehr auf das Dach des Exerzierschuppens, von wo sie ein markiertes Feuer auf das mit Spartakisten besetzte Haus aufnahmen. Dann kletterten sie wieder vom Dach und stürmten gegen das Haus, zwar in einer solch dummen Weise, daß, wenn das Haus besetzt gewesen wäre, kein Schwanz an dasselbe herangekommen wäre. Zum größten Teil sind es alles Schüler, die zu faul zum lernen sind und nun zu Noske gegangen sind, um so höher zu kommen, weil sie wegen ihrer kolossalen Dummheit in der Schule es nicht fertig gebracht hätten. Als letztes wurden dann die Mitglieder der Bürgerwehr mit in die Kaserne genommen und ihnen gezeigt, wie man sich im Haus eine Verteidigung ausbaut, indem man Strohsäcke, Bettstellen und Maschinengewehre in der Fensternische einbaut. Dann wurde dem Hauptmann sowie seiner Kompagnie ein Lob ausgesprochen. Hierauf sind die Zivilisten seelenvergnügt und mit Genugtuung erfüllt nach Hause gegangen.

Tragen solche Provokationsübungen, wie sie hier vorliegen, zur Ruhe bei? Ihr klassenbewußten Proletarier, seid besonnen und laßt euch nicht durch solche Sachen zu Gewalttätigkeiten hinreißen; denn diese grünen Nosketenjungens warten mit Schmerzen darauf, daß sie sich einmal wieder im Blut der Arbeiterschaft baden können.

Wiehe. Aus der [...]kel. Am 10. Januar [...] die Generalversammlung der U. S. P., Ortsgruppe Wiehe, statt, in der der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt wurde. Gen. Trinks wurde zum Berichterstatter für das Volksblatt bestimmt. Einen breiten Raum in der Debatte nahmen die Gemeindeangelegenheiten ein. Man kritisierte auch das Verhalten der Fraktion der U. S. P. in der Frage der Beschaffung von Baugelände. Die städtische Obstplantage hinterm Ulaine, die man als Gelände in Aussicht genommen hat, erscheint als sehr ungeeignet, da doch Baugelände genug am Orte vorhanden ist. Ferner wurde ausgeführt, daß in verschiedenen Orten der Umgegend Volkshochschulen eingerichtet werden, während in Wiehe sich auch in dieser Beziehung noch nichts geregt hat. Es soll versucht werden, die Lehrerschaft für diese Frage zu interessieren. Agitation täte hier überhaupt sehr not.

Gräfenhainichen. Kartellsitzung. Nach einem kurzgehaltenen Bericht des Kollegen Stange über das vergangene Geschäftsjahr wurde der Kassenbericht erstattet. Im letzten Vierteljahr hatte unser Kartell eine Einnahme von 1484,60 Mk., Ausgabe 1141,65 Mk., so daß ein Bestand von 842,95 Mk. zurückbleibt. Das Kassenbuch und andere vorhandene Belege wurden von den zwei Revisoren geprüft und für richtig befunden. Darauf wurde dem Kassierer Böhle die Entlastung erteilt. Bei der Wahl des Gesamtvorstandes wurde als erster Vorsitzender Behne, als zweiter Vorsitzender Jahn. Als Schriftführer wurde Zschiesche, als Stellvertreter Kupke gewählt. Als Kassierer wurde Böhle, als Revisoren Staude und Schwertfeger wiedergewählt. Zum Bibliothekverwalter für Zschornewitz wurde Behne, für Gräfenhainichen Maaß und Kupke bestimmt. Vier Schreiben, die eingegangen waren, wurden erledigt. Das erste war ein Antrag zur Aufnahme des Werkmeisterverbandes ins Kartell, was aber nicht zulässig ist, weil dieser Verband nicht den freien Gewerkschaften angeschlossen ist. Das zweite Schreiben, Unterstützung unserer österreichischen Gewerkschaftskollegen betreffend, wurde durch Bewilligung von 300 Mk. erledigt. Eine interessante Debatte entspann sich bei der Besprechung des dritten Schreibens, das ein engeres Zusammenarbeiten mit der U. S. P. forderte. Kollegen von der S. P. D. und K. P. D. verlangten das gleiche auch für ihre Parteien. Aber dem Sozialpatrioten wurde unter stürmischem Beifall der Kollegen von Stange bedeutet, daß die S. P. D. keine Arbeiterpartei ist und daß auch die Gewerkschaften sich von der Beeinflussung der Arbeiterverräter und Scheinsozialisten freimachen müssen. Uebrigens seien politische und wirtschaftliche Interessen so eng verbunden, daß sie nicht zu trennen seien. Zur Erledigung der Krankenkassenangelegenheiten wurde eine Kommission gewählt, bestehend aus den Kollegen Rübner, Zschiesche und Kupke. Zur Anschaffung von Bibliotheksbüchern wurden 150 Mk. bewilligt. Ein Antrag wurde gestellt, die einzelnen Gewerkschaften möchten doch mehr Augenmerk darauf legen, ihre Mitgliederzahl genau anzugeben und auch die Beiträge pünktlich an das Kartell abzuliefern. Ein zweiter Antrag forderte, tüchtig Agitation zu treiben, damit hier endlich einmal eine Landarbeiterorganisation ins Leben gerufen werden könne. Auch bei den Hilfsarbeitern der Buchdrucker und auch auf anderen Gebieten bliebe noch viel zu wünschen übrig. Zuletzt wurde das Kartell beauftragt, sich bei den einzelnen Gewerkschaftsvorständen zu erkundigen, ob diejenigen, welche dem Werkmeisterverband und den freien Gewerkschaften angehören, auch weiter dem Kartell angehören dürfen.

Gräfenhainichen. Stadtverordnetensitzung. Der bisherige Vorsitzende Stollberg nahm sein Amt bei der Neuwahl des Vorstandes wieder an. Als Schriftführer wurde gewählt Her Hafermann und als Vertretung Genossin Schmiel. Die Kommissionen wurden folgendermaßen zusammengesetzt: Baukommission: Leine, Gen. Lehnert, Gen. Pöhle, Scheibe, Lange. Forstdeputation: Sparig, Bertholb, Gen. Pöhle Armenkommission: Jacobi, Genossin Schmiel, Gen. Böhme, Hendler, Hartmann. Kassenprüfungskommission: Gen. Rudolpf, Genossin Schmiel, Stollberg, Kunert, Hafermann. Sparkassenverwaltung: Stollberg, Jacobi, Lange. Wegebaukommission: Gen. Pöhle, Rudolpf, Jacobi, Sparig. Oekonomiekommission: Hartmann, Voigt, Brünig. Gaswerkdeputation: Leine, Voigt, Brünig, Scheibe, Kunert. Verkehrskommission: Brünig, Hendler, Hafermann. Gesamt-Schulvorstand: Genossin Schmiel, Lange. Fortbildungsschule: Rudolpf, Hafermann. Schuldeputation. Gen. Lehnert, Jacobi. Ernährungskommission: Genossin Schmiel, Gen. Böhme, Berthold, Lange, Kunert. Wohnungskommission: Gen. Moser, Grumbach, Hendler, Hartmann. Die Entlastung der Kämmerei- und Stadtsparkasse wurde erledigt. Bei Erhöhung der Unterstützung der Kriegerfrauen wurde beschlossen, für Frauen von 9 Mark auf 18 Mark zu erhöhen. Jede Frau und auch jedes Kind soll 20 Mark als Weihnachtsgeschenk erhalten. Die Erhöhung der Ernährungshilfe für Kranke im Städtischen Krankenhaus von 2,50 Mark auf 3,50 Mark wurde genehmigt, ebenso die Bildung einer Bauleitung für städtische Bauten. Gen. Rudolpf führte aus, daß wir keine technische Bauleitung brauchten, sondern nur eine praktische. Gen. Pöhle schlug vor, daß man nur in den wichtigsten Fragen technische Hilfe heranziehen solle. Darauf sprach Bürgermeister Romeis und andere Herren für eine technische Bauleitung, die auch mit 13 gegen 3 Stimmen angenommen wurde. Dagegen stimmten Gen. Pöhle, Gen. Rudolph und Genossin Schmiel. Bei dem Antrag, zwei ledige Schullehrer anzustellen, entspann sich eine rege Diskussion. Von Gen. Pöhle wurde der Antrag unterstützt im Interesse unser Schulkinder. Zuletzt wurde noch von Herrn Bergmann ein Bericht gegeben, daß unsere Stadt noch eine Summe von 24800,72 Mk. an die Firma Kläme zu zahlen hätten, dann wäre die Gasanstalt restlos in städtischen Besitz. Ein Gesuch um eine kleine Wirtschaftsbeihilfe wurde genehmigt.

Freiroda. Aus der Partei. Am 10. Januar fand im Gasthof Freiroda eine Mitgliederversammlung des Ortsvereins Radefeld und Umgegend statt. Genosse Buhle-Delitzsch erstattete den Bericht vom Parteitag. In zweistündigen Vortrag fesselte er die Anwesenden mit seinen Ausführungen und lebhafter Beifall wurde ihm am Schlusse seines Vortrages zuteil. Die Versammlung nahm folgende Resolution einstimmig an: „Die heutige Mitgliederversammlung des Ortsvereins Radefeld und Umgegend nimmt mit Interesse den Bericht des Genossen Buhle vom Parteitag in Leipzig entgegen. Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen voll und ganz einverstanden. Sie erklärt sich ferner mit der Abstimmung des Genossen Buhle über den Anschluß an die 3. Internationale einverstanden." Genosse Otto Fuchs wurde zum 2. Vorsitzenden gewählt, worauf vom Kassierer die Abrechnung verlesen wurde. Den Gemeindevertreterbericht wurde von den einzelnen Vertretern gegeben. In der Debatte wurde von den Radefelder Genossen das unsinnige Ueberbieten bei den Verpachtungen der Gemeindekabeln gebrandmarkt und wurden die Wünsche der Einwohner den Gemeindevorsteher G. Stange zur Berücksichtigung übergeben. Wie fast immer, fehlten die Vertreter aus Hayna. In Verschiedenen wurde die Kirchenaustrittsfrage angeschnitten mit den Ergebnis, daß in Freiroda in der Kürze 15 Austritte zu verzeichnen sind, während in Radefeld und Hayna bis jetzt noch kein Erfolg zu verzeichnen ist. Hoffen wir, daß die dortigen Genossen das Versäumte bald nachholen werden. Parteigenossen, der Besuch der Versammlung mußte ein besserer sein! Wenn auch viele die Witterung abgehalten hat, so mußtet ihr aber bedenken, daß Genosse Buhle auch von Delitzsch gekommen war. Es ist eure Pflicht, die Versammlungen besser zu besuchen, denn dieses Jahr wird ein Jahr des Kampfes sein, zu dem ihr euch rüsten müßt.

Falkenberg. Das Auge des Gesetzes wacht auch über Hamsterer und Schieber. Unter dieser poetischen Spitzmarke meldet ein Blatt, daß bei einem Reisenden auf dem hiesigen Bahnhofe 45 Stück Butter beschlagnahmt wurden. Allerdings war es der Zufall, der das „Auge des Gesetzes", nämlich einen Polizeiwachtmeister, lenkte. Ihm war gemeldet worden, daß die Torgauer Sträflinge, die neulich ausgebrochen sind, sich in der Gegend aufhielten, und deshalb beobachtete er den Bahnhof. Die beschlagnahmte Butter kostete 8 bis 9 Mk. das Stück und stammte aus Bönitz, Saxdorf und Zeiglenz. Bei der Gerichtsverhandlung, die noch wegen dieser Sache stattfinden wird, werden die Lieferanten hoffentlich auch an den Pranger gestellt. Auf diese Weise verschwindet die Butter, die die arbeitende Bevölkerung überhaupt nicht mehr zu sehen bekommt. — Auch ein ganzes Schwein, das schwarzgeschlachtet worden war, ist am Bahnhof Falkenberg beschlagnahmt worden.

Belgern. Gegen die Teuerung. In einer öffentlichen Versammlung am 10. Januar sprach Genosse Becker-Torgau über die Lebensmittelteuerung. Das Versammlungslokal war reichlich gefüllt, sodaß die Besucher sich am Eingang drängten. Als Debatteredner meldeten sich außer einem Genossen der U. S. P. einige Rechtssozialisten, welche für den Vortrag des Genossen Becker sprachen. Danach entwickelte sich eine lebhafte Debatte über Kommunalpolitik und Wohnungsbau in Belgern. Genosse Wolfram verlas folgenden Protest, welcher von allen Anwesenden einstimmig angenommen wurde: „Die heute in Belgern einberufene Versammlung erhebt den stärksten Protest gegen die sprunghafte Steigerung der Lebensmittel, da diese die Verelendung des Volkes weiter fördert und die stärksten Gegenmaßregeln der gesammten Bevölkerung unbedingt veranlaßt. Sollte die Regierung nicht in der Lage sein, die Lebensmittelpreise herabzusetzen, so werden Streiks und Hungersnot die Folge sein und Zustände wie in Wien hervorrufen. Wir erwarten von der Regierung, daß sie alle möglichen Maßregeln gegen die bevorstehende Verelendung einschreitet". Genosse Wolfram forderte die Anwesenden auf zur Mitgliedschaft bei der U. S. P. und zum Bezuge des Volksblattes und der Kämpferin. Nach Schluß der Versammlung sprachen viele anwesende Frauen den Wunsch aus, recht bald wieder eine Frauenversammlung stattfinden zu lassen und Genossin Till als Rednerin zu bestellen. Dieser Wunsch steht im Gegensatze zu den Ausführungen in der Elbtalzeitung, welche berichtet: „Die Rednerin (Frl. Till) griff die Religion an und berief sich auf den Darwinismus. Frl. M. Heitsch konnte dies leicht widerlegen". Hierzu ist folgendes zu sagen: Frl. Heitsch fragte, wie es komme, daß das Erfurter Programm von der Sozialisierung aller Betriebe spräche, während die Rednerin nur die Sozialisierung der Großbetriebe fordere. Frl. Till erklärte im Schlußwort nochmals den Gang der Sozialisierung, was von allen Anwesenden verstanden wurde. Anscheinend hat aber der Berichterstatter der Elbtalzeitung hinter dem Ofen des Saales gestanden und die Ausführungen der Genossin Till nicht verstehen können oder nicht verstehen wollen, um für Frl. Heitsch eine Lanze zu brechen in seinem Bericht. Jedenfalls wird die Arbeiterschaft zu dem Entschluß kommen, daß die Elbtalzeitung nicht die Interessen der Arbeiter zu vertreten gewillt ist. Das Volksblatt ist stets treu für die Arbeiterschaft aller Bezirke eingetreten. Das sollten sich alle Arbeiter in Belgern merken.

Döllingen. So werden russische Arbeiter behandelt. Dem Arbeiter Feodor Berkutow passierte folgender skandalöser Vorfall. Bei einem Wege nach Hohenleipisch, um Kleinigkeiten einzukaufen, ist er vermutlich vom eigentlichen Wege abgekommen und einer Wegespur nachgelaufen, welche andere Leute getreten haben und die möglicherweise auch über Feld des Gutsbesitzers G. geführt hat. Ganz plötzlich wurde er von einem gewehr- und stockführenden Manne, wahrscheinlich des Herrn Rittergutsbesitzers G., Döllingen, der quer übers Feld auf ihn zukam, angerufen: „Warum gehst du diesen Weg?" Darauf ist er von diesem falschen Wege nach der Straße herübergegangen und hier hat der Betreffende ihn mit seinem Knüppel über den Kopf blutig geschlagen. Der Russe kam garnicht zu Worte und wurde mit Erschießen bedroht. Es ist Klage erhoben, die hoffentlich Licht in die Sache hineinbringt. Sollte sich der Vorfall wirklich so abgespielt haben, so wäre das ein neuer Beweis für die wachsende Ueberhebung der Agrarier!

Aus dem Saalkreis.

Ammendorf. Gedächtnisfeier für die Toten der Revolution. Donnerstag abend 7 Uhr veranstaltet die gesamte revolutionäre Arbeiterschaft des Wirtschaftsbezirkes Ammendorf und Umgegend 2 öffentliche Versammlungen. Für Osendorf, Burg und Radewell bei Landmanns und für Ammendorf, Beesen und Planena bei Helms. Durch eine würdige Form der Versammlungen soll allen revolutionären Arbeitern der Jahrestag der meuchlings ermordeten Führer des Proletariats, der Genossin Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ins Gedächtnis zurückgerufen werden. In eurem Interesse, Genossen, haben die Beiden gelebt, gewirkt und gelitten. An Euch liegt es nun, durch eine Massenkundgebung der Gegenrevolution zu beweisen, daß Ihr gewillt seid, in ihrem Sinne als revolutionäre Arbeiter weiter zu kämpfen. Darum, ihr Männer und Frauen, heraus zum Protest, keiner darf zurückstehen. Haben diese beiden Kämpfer für euch gelitten, so seid ihr verpflichtet, in großen Massen an dieser Ehrung teilzunehmen. Das Nähere ist aus der gestrigen Anzeige zu ersehen.

Könnern. Protest der Arbeiterschaft gegen das Urteil im Prozeß Peter-Edner. Am Montagabend versammelte sich die Arbeiterschaft von Könnern im Bürgergarten, um ihrer Empörung über die Verurteilung der Genossen Peter und Edner vor der Strafkammer in Halle Ausdruck zu verleihen. Der glänzende Besuch war ein Beweis für die Stimmung, die unter den Arbeitern herrscht. Gen. Scholem (Halle) referierte über die Klassenjustiz im neuen Deutschland und über den Prozeß Peter-Edner. Er erläuterte den Begriff der Klassenjustiz und erklärte diese Erscheinung als eines der Hilfsmittel der Diktatur des Bürgertums über die breite Masse. Der Redner streifte dann verschiedene der Prozesse, die im abgelaufenen Jahr der Arbeiterschaft das Gefühl ihrer Ohnmacht wieder beibringen sollten. Er wies auch darauf hin, wie väterlich mild unsere Richter sein können, wenn es sich darum handelt, bürgerliche Personen abzuurteilen, zum Beispiel im Marloh-, Hiller-, Liebknecht-Luxemburg-Prozeß, während die revolutionären Arbeiterräte mit wütendem Haß verfolgt werden. Die einzelnen Prozesse im Regierungsbezirk Merseburg wurden vom Redner besonders geschildert. Zuletzt kam der Prozeß gegen die Genossen Peter und Edner an die Reihe, der vom Redner eingehend behandelt wurde, während laute Entrüstungsrufe oder auch große Heiterkeit entstand, besonders als der „Noske von Könnern" gebührend gekennzeichnet wurde. Der Vortrag schloß mit einem Appell an die Arbeiterschaft, diese Urteile durch erneuten und verstärkten Kampf gegen den bürgerlichen Staat zu beantworten. Der Staat des Bürgertums müsse zertrümmert und der Proletarierstaat aufgerichtet werden, der die klassenlose Gesellschaft will. — Gen. Neubert besprach die Vorgeschichte des Prozesses, wobei er besonders die Rolle beleuchtete, die der Bürgermeister in dieser Sache gespielt hat. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 12. Januar im Bürgergarten versammelte Arbeiterschaft von Könnern und Umgebung erhebt entrüsteten Protest gegen das ungerechte Urteil über die Genossen Peter und Edner. Die Versammelten erklären, daß das Verhalten der beiden Genossen von der Arbeiterschaft vollkommen gebilligt wird, und daß Genosse Peter den direkten Auftrag von der Arbeiterschaft hatte, dem Bürgermeister von der Unruhe unter der Bevölkerung Kenntnis zu geben. Das Urteil ist also ein Schlag ins Gesicht der Arbeiter von Könnern, den diese sich merken werden. Die Versammelten sprechen den Genossen Peter und Edner ihr vollstes Vertrauen und ihren Dank aus und erklären, daß revolutionäre Sozialisten durch Urteile der Klassenjustiz nur in ihrer Ehre erhoben werden können. Die Arbeiterschaft von Könnern und Umgebung schöpft gerade aus solchen Urteilen erneute Begeisterung für die hohen Ziele des Sozialismus und wird nicht nachlassen, für die Partei, die diese Ziele vertritt, die U. S. P., zu wirken und zu kämpfen."

Gimritz. Menschenfreundliche Agrarier. Zu der unter dieser Ueberschrift in unserer Nummer vom 24. Dezember vorigen Jahres erschienenen Notiz geht uns folgende Richtigstellung zu: „Die von dem Gutsbesitzer Becker an den Arbeiter Hoppe überlassene Wohnung ist seinerzeit nur unter der Bedingung vermietet worden, daß mindestens die Frau auf Arbeit käme, da der Mann auf einer Tongrube beschäftigt ist. Diese hat aber den ganzen Sommer hindurch nur 55 Tage gearbeitet. Die Kündigung ist erst zum 1. April 1920 erfolgt. Die Niederkunft der Frau ist Ende dieses Monats vielleicht zu erwarten, so daß ein Umzug für die Familie zum 1. April 1920 durchaus möglich ist. Die Kündigung ist nicht allein wegen der geringen Arbeitsleistung der Frau, sondern in der Hauptsache des Mannes wegen erfolgt, weil er von Herrn Becker beim Kleestehlen auf frischer Tat ertappt wurde, darauf Herrn Becker mit der Sense bedrohte und ihn tätlich angriff."

Verantwortlich für Politik und Parteinachrichten: Karl Bock; für Rolle und Saalkreis: Gottlieb Kasparek; für Aus der Provinz und Versammlungsberichte: Werner Scholem; für Anzeigen: Hermann Schade; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei G. m. b. H.; sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200114-11/fragment/page=0003

Walhalla-Operett.-Theater.
Anfang 7 Uhr.
Die Dame vom Zirkus.
Kasse 10-1½ und 4-5½.

Stadttheater.
Donnerstag, den 15. Jan., Anf. 6, Ende 10½ Uhr.
Tristan und Isolde.
Freitag: Martha. 7874

Mode-Zeitungen empfiehlt die Volksbuchhdgl.

B. B. B.
Beths Bunte Bühne,
Ecke Gr. Ulrichstr. u. Jägergasse. 7883
Carl Stephan, Mizi Harden, Agathe Schwerin, Ada und Willi Hanack
sowie Die große Dichterschlacht zwischen Oscar Burger und Maximilian Blochert.

Amtliche Bekanntmachungen.

Halle.

Städtischer Verkauf von Käse

in der Talamtschule, am Donnerstag, d. 15. Januar. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 32001—34000, vormittags von 8—12 Uhr, u nachm. von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 70 Gramm zum Preise von 50 Pf. abgegeben. Der neue Lebensmittelschein ist vorzulegen.

Städtischer Verkauf von Milchsüßspeise an Kinder bis zu 12 Jahren, Jugendliche von 12—17 Jahren und alte Leute über 70 Jahre

in der Talamtschule, am Donnerstag, den 15. Januar. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 22501—34000, vormittags von 8—12 Uhr, und die Inhaber der Nummern 34001—48000, nachmittags von 2—6 Uhr; sofern zum Haushalte Personen gehören, welche sich in der obengenannten Altersstufe befinden. Es können auf jeden Abschnitt U der besonderen Bezugsscheine für Kinder bis zu 12 Jahren, auf jeden Abschnitt S der besonderen Bezugsscheine für Jugendliche von 12—17 Jahren und auf jeden Abschnitt T der besonderen Bezugsscheine für alte Leute über 70 Jahre zwei Pakete Milchsüßspeise zum Preise von 55 Pf. für das Paket abgegeben werden. Der neue Lebensmittelschein ist vorzulegen.

Die Inhaber von Apotheken und Drogengeschäften werden hierdurch aufgefordert, am Donnerstag, den 15. Januar 1920, während der Dienststunden, vormittags von 8—12½ Uhr, im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, III. Obergeschoß, Zimmer 41, die Bezugsscheine für Saccharin abzuholen. Ein Ausweis ist mitzubringen. Es wird darauf hingewiesen, daß bei der kommenden Verteilung für jede Person eines Haushaltes zwei Päckchen Saccharin abgegeben werden können. — Die von den Geschäftsinhabern noch nicht abgelieferten Warenbezugsscheine der vorigen Saccharin-Verteilung müssen nunmehr bis zum Freitag, den 16. Januar 1920, im Stadternährungsamt, I. Obergeschoß, Saal links, eingereicht werden.

Als Leiter einer Lehrwerkstätte für Handbuchbinderei und Handvergoldung an der hiesigen Handwerker- und Kunstgewerbeschule wird ein Buchbindermeister mit gediegener handwerklicher Grundlage und künstlerischer Geschmacksbildung gesucht. Wöchentlich 16 Unterrichtsstunden. Näheres durch den Magistrat.

Saalkreis.

Gemäß § 12 der Verordnung über die Fleischversorgung im Saalkreise vom 14. Oktober 1916 kommen in der Woche vom 12. bis 18. Januar 1920 als Wochenkopfmenge etwa 125 Gramm Fleisch oder Wurst auf den Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung des Saalkreises zur Verteilung. Kinder unter 6 Jahren erhalten die Hälfte. Die hergestellte Wurst wird auf die Fleischmenge angerechnet. Von der Reichsfleischkarte, auch von den Kinderfleischkarten, werden sämtliche Abschnitte für den Empfang des Schlachtviehfleisches und der Wurst bestimmt.

Auf Grund der Verfügung des Landesfleischamtes vom 8. Juli 1918 wird angeordnet, daß die Fleischkartenabschnitte nicht mit 25 Gramm, sondern mit ein Zehntel der jeweils zur Ausgabe kommenden Wochenkopfmenge verwertet werden.

Halle, den 12. Januar 1920.

Die Kreisfleischstelle für den Saalkreis.
7875 Fecher.

Bekanntmachung.

Infolge wiederholter Anfragen mache ich darauf aufmerksam, daß eine Vereidigung der wiedergewählten Gemeindevorsteher und derjenigen neugewählten Gemeindevorsteher, die bisher schon Schöffen und als solche verpflichtet waren vorerst nicht stattfindet; sie führen ihr Amt auf Grund des früher geleisteten Diensteides in der bisherigen Weise weiter. Nähere Anordnung über ihre Vereidigung auf die neue Reichs- und Landesverfassung ergeht noch.

Halle, den 14. Januar 1920.

Der Landrat des Saalkreises.
7864 Ad. Thiele.

Bekanntmachung.

Der Gemeindediener Adolf Bachmann in Canena ist als Amtsdiener und Vollziehungsbeamter verpflichtet worden.

Halle, den 9. Januar 1920.

Der Landrat des Saalkreises.
7868 Ad. Thiele.

Eilenburg.

Brotmarkenausgabe.

Die Ausgabe der Brotmarken und Fleischmarken findet am Sonnabend, den 17. Januar, in den Schulen vormittags von 9—11 Uhr statt.

Eilenburg, den 14. Januar 1920.

*4390 Der Magistrat.

Bitterfeld.

Fleischversorgung.

In der Woche vom 10. bis 16. Januar 1920 kommen auf den Fleischmarkenabschnitt Nr. 4 zur Ausgabe: a) für die Fleischverkaufsstellen der Bezirksschlächtereien Bitterfeld, Zörbig und Zschornewitz für Erwachsene 150 Gramm Frischfleisch, für Kinder unter 6 Jahren 75 Gramm Frischfleisch; b) im übrigen Teil des Kreises für Erwachsene und Kinder 110 Gramm Büchsenfleisch zum Kleinverkaufspreis von 1.10 Mk.

Bitterfeld, den 13. Januar 1920. *4366

Der Kreisausschuß des Kreises Bitterfeld.
Freiherr von Bodenhausen.

Ab Freitag der dritte Teil des neuen Riesenfilms der Ufa
Der Rabbi von Kuan-Fu
mit Mia May
U.T 7885
Alte Promenade 11a.

Licht-Spiele
Donnerstag unwiderruflich letzter Tag!
Persönliches Auftreten der kleinen Filmschauspielerin Nelly Gutmann!
Vorführung: 4.45 6.35 8.20.
Ab Freitag, den 16. Januar 7883
Das grosse gewaltige Filmwerk
Vom Schicksal erdrosselt!
Fernsprecher 4681 Grosse Ulrichstr. 51
Im Herzen der Stadt

Reparaturen
7581 an
:: Uhren ::
übern. bei solider Ausführ. zu normalen Preisen Kurt Unger, Uhrmacher. Große Steinstraße 85 gegenüber Barfüßerstr.)

Gummi-waren-Versand, Liste Nr. 3 einfordern.
E. Kertzscher, Leipziger Str. (Ecke Poststr.). 757

Kaufe jeden Posten Pferde zum Schlachten. *4299
Gustav Schenk, Roßschlächterei, Diemitz (Saalkreis). Telephon 2898.

Bettnässen *4283
Befreiung garantiert sofort. Alter u. Geschlecht angeben. Auskunft gratis. Versandhaus Wohlfahrt, München 501, Kiltensbergerstr. 6.

Arb.-Gesangverein Eintracht, Hoher Petersberg.
Sonntag, den 18. Januar, abends 5 Uhr, in Wehdes Gasthof: *4395
Maskenball.
Es ladet ein Der Vorstand.

Gorden.

In der am 23. 9. 19 vor der 1. Strafkammer zu Torgau gegen mich, als damaligen Arbeiterrat, stattgefundenen Berufungsverhandlung habe ich mich auf Grund einer umfangreichen Beweisaufnahme davon überzeugt, daß die Beschuldigungen, die ich gegen den Gemeindevorsteher Hofmann in Gorden erhoben habe, unbegründet gewesen sind und daß ich durch Irreführung dazu veranlaßt worden bin. Ich nehme diese Beschuldigungen, wie sie auch in der Beilage zu Nr. 152 des Volksblattes vom 2. 7. 19 in der Spalte Aus der Provinz, mit der Ueberschrift: Ein feiner Gemeindevorsteher, wiederholt worden sind, zurück und habe mich verpflichtet, binnen zwei Wochen an die Armenkasse zu Gordon als Sühne 50 Mark zu zahlen und dem Gemeindevorsteher Hofmann die Kosten des Verfahrens zu erstatten.

Gorden, den 23. September 1919.

*4389 Grundmann, zu damaliger Zeit Arbeiterrat.

Läuse-Plage vertilgen Sie in 1 Stunde
unter Garantieschein jede
u. Flöhe, Brut (Nissen) b. Mensch u. Tier m. pat. gesch. Mittel „Eckolda". F. Wunden unschädl. Verk. in Halle nur B. Schurig, Steinweg 10, part. In Bitterfeld: Ratswall 20. Ausschneiden. [7878

Alle Parteischriften empfiehlt die Volksbuchhandlung Harz 42-44.

Fahrplanänderung.

Vom 15. Januar ab werden die Züge D 144 Leipzig (ab 10²⁰) — Halle (ab 11¹³) — Hannover und D 141 Hannover — Halle (ab 7⁴⁵) — Leipzig (an 8²⁴) Werktags wieder eingelegt.

Halle (Saale), im Januar 1920. *4394

Eisenbahndirektion.

Welt-Panorama.
Gr. Ulrichstr. 4/5, I.
1. Südamerika. Die Tropen. 7860
2. Salzkammergut.

Karbid 7872
in allen Körnungen und jedes Quantum abzugeben
Karbid-Wurmstich, Merseburger Strasse 168.

Apollo-Theater. 7886
Täglich abends 7 Uhr! Walter Kollos neueste Operette
Fräulein Puck
erzielt allabendlich volle Häuser!
Gute Plätze sichert nur baldige Bestellung!
Vorverkauf 9-1 u. 5-½7.

Volkspark.
Mittwoch, 14. Jan., abends ½7 Uhr:
2. Winter-Konzert
des Philharmonisch. Orchesters.
Leitung: Kapellmstr. E. Augustin. 7779
Hieran anschliessend:
Das gr. beliebte Wiener Ballfest.
Volles Orchester. Neueste Tänze.

Kaiser-Wilhelms-Halle.
Donnerstag von 5 Uhr: 7837
Das Fest der Nacht!
Der grosse Faschings-Fest-Ball.
Jubel und - Trubel! - Humor! ::: Stimmung!

Varieté!
Extra-Vorstellung.
Programm glänzend.
Dienstag, den 13. und Mittwoch, den 14.
Vorverkauf: Max Schulz, Gr. Steinstr., Ecke Gr. Ulrichstrasse, und Schmidt & Nowak, Geiststrasse 22.
— Anfang 7¼ Uhr. — 7836
:: Thalia-Säle. ::

Achtung! Achtung!
7867 Voranzeige!
Arb.-Radf.-Verein „Stern".
Mitgl. d. Bundes „Freiheit".
Sonntag, d. 18. Jan., nachm. 3 Uhr, in den Trothaer Ballsälen:
: Grosser Preis-Maskenball :
mit verschiedenen Ueberraschungen.
Hierzu ladet freundlichst ein
Das Komitee.
Maskenkarten sind zu haben im Lokal bei Frau Germo, Hermann Keller, Seydlitzstraße 7 und August Lohse, Humboldtstraße 1.

Ges.-Verein Musica-Proibita.
Sonntag, den 18. Januar 1920, im Goldenen Stern, Döllnitz:
Grosses Tanzkränzchen.
Neueste Tänze. — Flotte Musik. — Saalpost. „Hiawatha." *4391 Der Vorstand.

Schnittmaterialien
in Kiefer, Fichte, Eiche, Buche, Erle und sonstigen Hölzern, bietet preiswert an
Max Lüttich,
Holzhandlung,
Glauchaer Str. 28a. 7781

Familien-Nachrichten.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem allzufrühen und unerwarteten Hinscheiden unseres lieben Sohnes und Bruders

Albert

sagen wir allen, die seinen Sarg mit Kränzen schmückten, unsern herzlichen Dank. Herzlichen Dank Herrn Pastor Kästner für die trostreichen Worte, sowie den Beamten und Arbeitern der Firma Gebr. Bänsch, dem Verband der Fabrikarbeiter, Distrikt Dölau, für die Kranzspende, und allen, die ihn zur letzten Ruhe geleitet haben. *4388

Dölau, 11. Januar 1920.

Familie Alb. Röblitz nebst Verwandten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706752621920014-11/fragment/page=0004

Das revolutionäre Rätesystem.

Die deutschen Arbeiter stehen vor einer folgenschweren Entscheidung. Es handelt sich für sie darum, ob sie die kapitalistische Ausbeutung als Dauerzustand für alle Zukunft auf sich nehmen wollen, oder ob sie in Erkenntnis der Hoffnungslosigkeit ihres Schicksals in der gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Hand anlegen wollen, die bankrotte kapitalistische Welt umzustürzen und die sozialistische Produktion, die Arbeit aller für die Allgemeinheit, an ihre Stelle zu setzen.

Das Betriebsrätegesetz wird in nächster Zeit Gesetzeskraft erhalten. Die Regierung und die auf die Erhaltung des Kapitalismus bedachten Mehrheitsparteien der Nationalversammlung wollen damit in der Arbeiterschaft die Täuschung hervorrufen, als ob dem revolutionären Rätegedanken eine Konzession gemacht werde. In Wirklichkeit sollen die Betriebsräte nach dem Willen des Gesetzes die kapitalistische Produktion, damit aber natürlich auch die Profitinteressen des Unternehmertums stärken und sichern. Sie sollen „den Betrieb vor Erschütterungen bewahren", sie sollen dem Unternehmer „zur Erreichung des Betriebszweckes" helfen.

Die Betriebsräte nach dem Herzen der Regierung sollen die Arbeiter-Betriebe dem Unternehmer gegenüber zwar in bezug auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse vertreten. Von einer irgendwie wirksamen Einwirkung auf den Produktionsprozeß ist keine Rede. Und das in einer Zeit, in der nicht allein das Wirtschaftsleben, sondern vor allem die ökonomische und kulturelle Lage des Proletariats geradezu nach dem Sozialismus schreit. Die Arbeiter- und Betriebsräte sollen dem Kapitalismus wieder auf die Beine helfen. Sie selbst aber sollen sich abfinden mit der wachsenden Verteuerung der Lebenshaltung, mit zunehmenden, ins Unerträgliche steigenden Steuerlasten, mit dem Verzicht auf soziales und kulturellen Aufstieg. Denn so, und nicht anders wird das Los der deutschen Hand- und Kopfarbeiter sein, wenn sie sich widerspruchslos und untätig unter das Betriebsrätegesetz fügen, wenn sie sich mit dem trügerischen Märchen von einer wirtschaftlichen Demokratie abspeisen lassen. Das Betriebsrätegesetz kann den Arbeitern nur eine Scheindemokratie bringen, die nicht das mindeste an den Ausbeutungs- und Profittendenzen der Kapitalistenklasse ändern wird. Von einer „Sozialisierung", von der Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Produktion kann dabei erst recht keine Rede sein.

Die klassenbewußten Arbeiter, die Angestellten, die die Unhaltbarkeit des kapitalistischen Systems begriffen haben, können und dürfen dieses Betriebsrätegesetz nicht geduldig hinnehmen. Sie haben schon jetzt in den Betrieben alle Vorarbeiten zu leisten, daß Arbeiter und Angestellte Betriebsräte wählen, die über die armseligen Konzessionen des Gesetzes hinaus den Kampf um das Mitbestimmungs- und Kontrollrecht im Produktionsprozesse aufnehmen.

Sie haben aber darüber hinaus dem „Rätesystem" der Regierung ein revolutionäres Rätesystem, das die kapitalistische Produktion in allen ihren Zweigen durchdringt, mit dem die Forderung des Bestimmungs- und Kontrollrechtes einheitlich und planvoll verfochten werden kann, entgegenzustellen. Dieses revolutionäre Rätesystem soll aber auch gleichzeitig die Waffe werden, mit der das im gesamten Produktionsprozeß erfaßte klassenbewußte Proletariat die politische und wirtschaftliche Macht erkämpft. Es soll schließlich die unumgänglich notwendige Organisation sein, auf Grund derer die Hand- und Kopfarbeiter in engster Zusammenarbeit die sozialistische Produktion durchführen. Die wirtschaftliche Organisation des Rätesystems hat dann eine Ergänzung und Erweiterung zu erfahren, durch eine politische Räteorganisation. Wirtschaftsräte und politische Arbeiterräte haben dann in steter Arbeitsgemeinschaft Produktion und Konsum zu regeln, die Verwaltung und die politischen Geschäfte des sozialistischen Gemeinwesens in die Hand zu nehmen.

Diese große, weltgeschichtliche, dem Proletariat durch den verbrecherischen Bankrott der kapitalistischen Welt zufallende Aufgabe muß schon jetzt begonnen werden. Die wirtschaftlichen Armeekorps und Divisionen müssen schon jetzt formiert, ihre Generalstäbe schon jetzt gebildet werden. Schon jetzt muß zunächst der klassenbewußte Teil der Arbeiter und Angestellten derart geschult werden, daß sie sich nicht mehr als lebendige Maschinenanhängsel und Ausbeutungsobjekte des Kapitals betrachten, daß sie nicht mehr als Werkzeuge einer abstumpfenden Arbeitsteilung des Blickes für das Wesen des gesamten Produktionsprozesses entbehren.

Alle diese Ziele sollen erreicht werden durch die Vereinigung und die Zusammenfassung aller revolutionären Proletarier in allen Zweigen des Wirtschaftslebens. Der Aufbau der revolutionären Räteorganisation soll erfolgen nach den nachstehenden Richtlinien.

Die schon jetzt in den Betrieben tätigen revolutionären Betriebsräte und Betriebsfunktionäre haben bei der Organisierung der Haupt- und Untergruppen tatkräftig mitzuwirken. Sie haben ferner die Belegschaften ihrer Betriebe so zu schulen und aufzuklären, daß bei den kommenden Betriebsratswahlen die Wahl revolutionärer auf dem Boden des sozialistischen Rätesystems stehender Betriebsräte gesichert ist. Da zur Erreichung der Ziele der Rätevereinigung die aktive Anteilnahme aller Arbeiter und Angestellten notwendig ist, da ferner der Aufbau und die Arbeit der Rätevereinigung finanzieller Mittel bedarf, ist von all denen, die die Notwendigkeit einer sozialistischen Rätevereinigung begriffen haben, in allen Betrieben eine rege Werbe- und Aufklärungsarbeit zu entfalten.

Ein Teil der für die Rätevereinigung aufgebrachten Mittel muß für die Erhaltung und den Ausbau von Rätehochschulen verwendet werden, um Betriebsräte heranzubilden, die zur Ueberwachung und späteren Uebernahme der Produktion befähigt sind.

Die Betätigung der revolutionären Rätevereinigung erstreckt sich in erster Linie auf den Produktionsprozeß. Die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter und Angestellten kann aber nicht im Rahmen des Einzelbetriebes, sondern innerhalb der gesamten Industriegruppe erfolgen. Daher müssen die Gewerkschaften als Vertretungen der wirtschaftlichen (Lohn- und Arbeitsverhältnisse) Interessen der Arbeiter beibehalten werden.

Da aber andererseits die alte Gewerkschaftsbureaukratie auf dem Wege der Arbeitsgemeinschaft die Berufsorganisationen zu wirtschaftsfriedlichen Gebilden umzugestalten bestrebt ist, da ferner die Berufsgewerkschaft in den wirtschaftlichen Kämpfen der Gegenwart, die sich mehr und mehr auf ganze Industriezweige erstrecken, den heutigen revolutionären Kampfnotwendigkeiten nicht mehr gerecht werden kann, und da zum dritten die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nur unter Berücksichtigung des jeweiligen Standes des Produktionsprozesses und der ökonomischen Lage der Arbeiterschaft in den einzelnen Industriegruppen erfolgen kann, so müssen die alten Berufsgewerkschaften von innen heraus revolutioniert und dem Aufbau und den Aufgaben des revolutionären Rätesystems angepaßt werden. Die alten Gewerkschaften müssen zu Industrieverbänden umgestellt werden, die Hand in Hand mit den Betriebsräten der einzelnen Industriegruppen zu arbeiten haben. Ebenso wie die Groß-Berliner Gewerkschaftskommission und die Verbandsgeneralversammlung der Berlin-Brandenburger Parteiorganisation der Unabhängigen Sozialdemokratie hat sich auch der Deutsche Metallarbeiterverband bereits auf seinem letzten Verbandstage für die Umstellung zum Industrieverband ausgesprochen. Pflicht der klassenbewußten Arbeiter und Angestellten ist es, in ihren Gewerkschaften auf die schleunige Revolutionierung und Umstellung der Organisation hinzuwirken.

Der Aufbau der revolutionären Rätevereinigung muß ferner erfolgen in engster Fühlungsnahme mit den revolutionären politischen Parteien des Proletariats, wie diese ihrerseits ihre Mitglieder zu eifriger Mitarbeit am Räteaufbau anzuleuten haben. Das Leipziger Aktionsprogramm der Unabhängigen Sozialdemokratie wird dieser Forderung gerecht, und es kommt jetzt nur darauf an, sie in die Tat umzusetzen.

Alle kommenden wirtschaftlichen und politischen Kämpfe können nur in engster Kampfgemeinschaft von revolutionärer Rätevereinigung, revolutionären Industrieverbänden und revolutionären Parteien sieggewährend durchgeführt werden.

Arbeiter, Angestellte, ans Werk! Baut eine revolutionäre Rätevereinigung auf, ringt um die Herrschaft im Produktionsprozeß und damit um die politische Macht. In den Augusttagen 1914 habt ihr euch als willenloses Schlachtopfer in den Weltkrieg treiben lassen, in den Umsturztagen des Jahres 1918 wußtet ihr nicht, was ihr zur Behauptung der politischen und wirtschaftlichen Macht zu tun hattet. Heute, wo euch eure Ausbeuter und Unterdrücker mit heuchlerischen, demokratischen Scheinkonzessionen wieder unter das alte Joch zwingen wollen, wo man einen Schultern die Hauptlast der Kriegsschulden aufbürden will, stehen euch Mittel und Wege zur Verfügung, als aufrechte und denkende Menschen die Gestaltung eures Schicksals selbst in die Hand zu nehmen. Jahre harter Arbeit stehen uns noch bevor, wenn wir aus dem Verfall und dem Elend, das der Kapitalismus in seiner Kriegsraserei über euch gebracht hat, herauskommen wollen. Ihr habt zu entscheiden, ob ihr diese Arbeit leisten wollt als freie, ihrer eigenen Kraft bewußte Menschen, mit der Aussicht, durch Verwirklichung des Sozialismus eine bessere Zukunft und eine höhere Kulturform zu schaffen, oder ob ihr in alter Unterwürfigkeit und Knechtseligkeit für immer das kapitalistische Joch tragen wollt. Wer das Letztere nicht will, der bekenne sich zur revolutionären Rätevereinigung und schaffe und wirke in ihr!

Deutschnationale Studentenrüpeleien.

Gegen den bekannten Biologen und Mediziner der Berliner Universität, Professor Nicolai, der sich besonders während des Krieges durch mutige Bekämpfung der deutschen Kriegführung hervortat und sich den Haß der nationalistischen Elemente zuzog, skandalierte Montag nachmittag eine deutschnationale Studentenclique. Als Professor Nicolai den Hörsaal betrat, wurde er in unverschämtester Weise von einem Menschen in Leutnantsuniform aufgefordert, sich zu rechtfertigen. Im Verlauf der Auseinandersetzung überschüttete ihn die nationalistische Gesellschaft mit Schmähreden aus der Gosse und randalierte, nachdem sie das Zimmer verlassen, auf dem Wandelgang. Professor Nicolai mußte schließlich wegen dieser Stimmtöbungen im Schimpfen seine Vorlesung abbrechen.

Man kann gespannt darauf sein, was die Universitätsbehörden wegen dieser skandalösen Flegeleien gegen den Universitätslehrer und wegen des unerhörten Bruches der akademischen Lehr- und Lernfreiheit gegen die studierenden Radaubrüder unternehmen werden. Würden solche Rüpeleien gegen die nationalistischen Professoren von Schlage der Roethe und Kahl von sozialistischen Studenten verübt, so wäre ihnen die Entfernung von der Universität sicher! In solchem Falle würden Rektor und Senat zweifellos die akademische Lehrfreiheit mit den äußersten Mitteln zu schützen wissen.

Reichsgericht.

Eine Schülerin als raffinierte Taschendiebin. Am 8. Februar vorigen Jahres wurde die 13jährige Schülerin Ida H. dabei ertappt, wie sie eben einer Frau, welche die Straßenbahn bestieg, das Portemonnaie aus der Mantelasche gestohlen hatte. Das Mädchen wurde auf die Wache gebracht und suchte sich dort dreier weiterer Geldbörsen unauffällig zu entledigen. Eine sofort in der elterlichen Wohnung vorgenommene Haussuchung förderte eine ganze Menge gestohlener Geldbörsen, Ringe, bares Geld usw. zutage. Die Diebin sowie ihre Mutter leugneten, daß die gefundenen Gegenstände gestohlen seien. Die Strafkammer zu Halle nahm demungeachtet an, daß Ida H. in fortgesetzter Handlung, anscheinend mit Hilfe ihrer Schwester, fremden Personen im Gedränge in zahlreichen Fällen das Portemonnaie gestohlen hatte. Die Mutter wurde der Hehlerei für überführt erachtet und erhielt 2 Jahre Gefängnis, während die Tochter mit Aufsicht auf ihre Jugend mit 6 Monaten davonkam. Diese Entscheidung wurde von den Angeklagten mit der Revision angefochten, vom Reichsgericht jedoch bestätigt.

Rosa Luxemburg.

Ueber Unendlichkeiten,
Schwester, reich ich dir die Hand,
Ueber fernen Dämmerweiten
In der Sonne tiefstem Brand.
Feuergeist,
Der dich beseelte,
Der dir Adlerflügel gab,
Unter vielen Auserwählte,
Armer Menschheit Licht und Stab.

Deine schwache Form zerbrach
Wilder Unverstand der Menge
Und du starbest, ihr zur Schmach . . .
Doch in Finsternis und Enge
Wird dein Abglanz Leuchten tragen
Und in den gequälten Herzen
Deine starke Seele schlagen.

Bruno Schönlank.

Karl Liebknechts Briefe.

Der Leiter der Zeitschrift Die Aktion, Herr Franz Pfemfert hat die Briefe Karl Liebknechts aus dem Felde, der Untersuchungshaft und aus dem Zuchthause gesammelt und herausgegeben. Das 138 Seiten umfassende Buch ist geschmückt mit zahlreichen Bildern des Verstorbenen und enthält ein Nachwort Pfemferts. Es ist erschienen im Verlage der Aktion, Berlin-Wilmersdorf, Nassauische Straße 17; es kostet 5 Mark.

Die zahlreichen Briefe Liebknechts an seine Lieben zeigen uns den Kämpfer und den großen, reichen Menschen in charakteristischer Weise. Wir können das Buch nicht besser besprechen, als daß wir das Nachwort Franz Pfemferts hier wiedergeben. Dies Nachwort wird der Bedeutung Liebknechts und seiner tapferen Haltung während der schweren Einkerkerung voll gerecht. Pfemfert schreibt:

Als gedungene Hände einer vertierten Soldateska Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg meuchlerisch ermordeten, wurde die deutsche Revolution katastrophal getroffen: Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg waren nicht nur mächtigster Wille, waren nicht nur unbeirrbare, klarste, entschiedenste Kämpfer des revolutionären deutschen Proletariats, — sie waren Glanz und Reichtum, Gewissen und Gewißheit, Hoffnung und Erfüllung, Geist und Tat allen Bedrückten der Erde.

In dem Dokument Das Zuchthausurteil lebt der Karl Liebknecht, den die Massen sahen, den sie geliebt, wie Führer selten geliebt worden sind; lebt der unbeugsame Revolutionär, der, ganz Schwert und Flamme, die Sache der betrogenen, ausgebeuteten Menschheit zum Siege bringen will.

Das vorliegende Buch hat die Aufgabe, das Bild Karl Liebknechts zu ergänzen, zu verdeutlichen, ihm jene Züge einzuzeichnen, die nur denen vertraut sind, die das hohe Glück hatten, dem leidenschaftlichen Kämpfer persönlich nahe zu stehen. Das Proletariat hat ein heiliges Recht, Karl Liebknecht ganz zu kennen, wie seine Gestalt in der Zukunft leben wird. Denn er, der sich im Dienst des proletarischen Befreiungskampfes rücksichtslos verschwendete, der mit jedem Tage der Revolution als Führer und Mensch über sich selbst hinauswuchs, er wird in diesem Buche recht in seiner vollen Größe sichtbar. —

Erst der nahe Umgang mit „öffentlichen Menschen" kann uns ihren wahren Wert absolut offenbaren. Wer Karl Liebknecht persönlich nahe gewesen ist, der wird, ist er kein seelischer Krüppel, jene Stunden als das lichteste Erlebnis aufbewahren durch seine restlichen Lebenstage hindurch. Liebknecht, der harte Streiter, besaß eine geistige und künstlerische Intensität, eine Heinrich und Wärme des Gefühls, die die Masse nur ahnte. Und wenn heute „Intellektuelle", denen ihre bürgerliche Bequemlichkeit zu kostbar ist, um aufzugehen im Dienste für die Arbeiterklasse, sich hinter den Deckmantel des „Geistes" verkriechen, wie wirken sie dann armselig neben einer Erscheinung wie Karl Liebknecht, der sein ganzes privates Wohlbefinden freudig opferte, der all seine vielartigen tiefen Neigungen zur Literatur, zur Kunst, zur Musik, zur Natur ohne Schwanken preisgab für das eine: Befreiungsarbeit für jene, denen eine verbrecherische Gesellschaftsunordnung nur Not und Elend gibt.

Der Karl Liebknecht, der, abgehetzt, totmüde um 12. um 1 Uhr nachts heimkam, sich dann ans Klavier setzte, um noch einige Minuten Chopin oder Beethoven zu spielen als Abschluß des Kampftages: das ist der Karl Liebknecht, der aus dem vorliegenden Buch uns entgegentritt. Diese Briefe, geschrieben im schmutzigen Kittel des Armierungssoldaten und in der Sträflingskleidung des Zuchthäuslers, — geschrieben für die nächsten, liebsten Menschen, die Karl Liebknecht hatte, geben den ganzen Mann. Neben der Zartheit, Reinheit und Zartheit in persönlichen Angelegenheiten, von denen jedes Wort zeugt, ist es immer wieder die unermüdliche innere Teilnahme am Kampfe, die hervorbricht, selbst wo sie, wie unter der Zensur des Zuchthauses, unterdrückt werden soll.

Heroisch, überwältigend wirken die Lebensäußerungen, die aus der Luckauer Strafanstalt kommen. Streng abgeschlossen von der Außenwelt, angewiesen auf die dürftige Lektüre, die die „Hausordnung" dem Sträfling erlaubt, nur alle drei Monate eine rasend eilende Besuchsstunde, nur alle drei Monate die Freiheit zu einem Brief, und trotz diesem fast völligen Begrabensein: ein stets energisches Reagieren auf jedes Ereignis da draußen, ein vulkanisches Miterleben des Lebens da draußen, ein unerschütterlicher heiliger Glaube an die Zukunft trotz alledem, — das ist Karl Liebknecht hinter Zuchthausmauern.

Die Briefe konnten natürlich nicht in aller Klarheit und Deutlichkeit Stellung nehmen zu den Erscheinungen der Zeit, meist mußte es ein Zwischen-den-Zeilen-schreiben, ein Umschreiben, ein Andeuten bleiben. Aber in engster Schrift bis auf das letzte weiße Fleckchen vollgeschrieben, sprühen die Seiten von Feuer, suchen sie vorwärtszustoßen, sind sie Kampfesmut und Zuversicht.

Für diesen Löwen im Käfig waren Widerstände nur Antrieb zu gesteigertem Kräfteanspannen. Er hat die Zuchthauskleidung nicht deshalb erhalten, weil er am 1. Mai 1916 auf dem Potsdamer Platz sein „Nieder mit der Regierung", „Nieder mit dem Krieg!" gerufen: die Zuchthauszahre sind nicht einem Angeklagten als Strafe, sondern dem unerbittlichen Ankläger als Rache auferlegt worden von der militärischen Gewaltclique, die über Karl Liebknecht zu Gericht saß. Karl Liebknecht hatte den Prozeß durchgekämpft, hatte vernichtendes Material wider die deutschen Kriegsmacher zusammengetragen, hatte eine Abrechnung von welthistorischer Bedeutung vorgenommen, um dem deutschen Volke zu zeigen, wie es belogen und verraten ward. Aber die Presse, wie stets völlig auf Lakaiendienste dressiert, unterschlug den Prozeßbericht (die Zensur unterdrückte ihn! Red.); kein Wort drang an die Oeffentlichkeit. Doch Karl Liebknecht hatte auch dies vorausgesehen: war die Wahrheit verhindert, legal zu wirken, dann mußte der illegale Weg ihr gebahnt werden. Und deshalb kommt Karl Liebknecht immer wieder zurück auf das „Ordnen der Bibliothek" — auf die Herausgabe des Dokumentes „Das Zuchthausurteil". Die Lüge darf nicht weiterwuchern, darf nicht triumphieren! —

Karl Liebknecht erlebte den Tag, da die Lüge jämmerlich zusammenbrach.

Die Revolution, die er ein Leben lang mit allen Fasern seines Herzens herbeigesehnt, die er, auf dem gefährdetsten Posten stehend, jahrelang mit vorbereitet hatte, die Revolution begann.

Die Wahrheit, das Menschenrecht zum Siege zu bringen, die zusammenbrechende morsche, schuldige Gesellschaftsunordnung zu beseitigen, den Sozialismus in die Tat umzusetzen, das war das Gebot der Stunde.

Wie immer stand Karl Liebknecht voran. Haß und Wut und Verleumdung umbrandeten ihn. Die Bestie wurde auf ihn gehetzt. Von den Litfaßsäulen Berlins peitschten Plakate auf, ihn zu vernichten, ihn zu morden. Alle Gemeinheiten, deren eine verfaulte Gesellschaft fähig ist, wurden gegen Karl Liebknecht versucht. Doch er, der ja während seiner Kämpferjahre und besonders während der Kriegszeit der Meute standgehalten hatte, trotzte auch diesen Angriffen mutig, jetzt, da es den letzten, den entscheidenden Kampf galt.

Noch am Morgen des Tages, an dem bezahlte Subjekte seinen Körper töteten, rief Karl Liebknecht siegesgewiß den Feinden zu:

„Unser Schiff zieht seinen geraden Kurs fest und stolz dahin bis zum Ziel. Und ob wir dann noch leben werden — leben wird unser Programm; es wird die Welt der erlöschen Menschheit beherrschen. Trotzalledem!"

Und das Programm lebt! Lebt und wirkt allüberall, wo revolutionäre Arbeiter sich zum großen Endkampf formieren. Karl Liebknecht! Gehet hin auf welchen Fleck dieser gemarterten Erde immer und rufet den Unterdrückten diesen Namen zu: die Pulse werden lebendiger pochen, Augen, von langer Arbeitsfron matt, werden hoffnungsfroh aufleuchten: Karl Liebknecht gibt ihnen die Gewißheit des Sieges —

Denn er fiel unbesiegt. Und seine Waffen
sind nicht zerbrochen. — Nur ein Herz zerbrach.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200114-11/fragment/page=0005

Der Ferchlandt-Prozeß.

Die Entlarvung des Lockspitzels Hartung.

Als während des Kilianprozesses Hartung als Lockspitzel bezeichnet wurde, fuhr der Staatsanwaltschaftsrat Saß entrüstet in die Höhe und nahm seinen Kronzeugen in Schutz. Hartung, einer der Hauptbelastungszeugen im Kilianprozeß, ist wochenlang, Tag für Tag in der frechsten, herausfordernsten Weise als „Zeuge" gegen unsern Genossen Kilian aufgetreten und fand beim Gericht, das von der Verteidigung hinreichend über das Hochstaplerleben Hartungs und seine Unglaubwürdigkeit als Zeuge aufgeklärt worden war, nicht nur ein williges Ohr, sondern auch noch lebhafte Unterstützung. Und eben derselbe Hartung, mit dem der Herr Staatsanwalt Saß in den Pausen des Kilianprozesses wiederholt Sonderkonferenzen abhielt, dessen Aussagen mit dazu beitrugen, daß Genosse Kilian zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wurde, ist am gestrigen Verhandlungstag im Ferchlandt-Prozeß

als ganz gemeiner Lügner entlarvt

worden. Schon am letzten Sonnabend hatte der Verteidiger Müller den Antrag auf Hinzuziehung der Strafakten aus dem gegen Hartung schwebenden Verfahren gestellt, da sich vielleicht noch wesentliche Punkte zur Beleuchtung der „Glaubwürdigkeit" dieses Zeugen daraus ergeben würden. Wohl oder übel mußte das Gericht den Antrag annehmen. Eine Ablehnung, wie im Kilian-Prozeß, war nicht möglich. Hartung, der vielleicht schon Lunte gerochen hatte, überreichte nun gestern bei seiner Vorführung dem Gericht ebenfalls einen schriftlichen Antrag, indem er bat, daß Gericht möge davon absehen, daß seine Strafakten herbeigezogen würden. Das konnte ihm aber nichts mehr nützen und auch das Gericht mußte in den sauren Apfel beißen. Man erfuhr freilich aus dem dicken Aktenbund nur einen kleinen Bruchteil! Zunächst wurden eine Reihe von Ausweisen, die von der Garde-Kavallerie-Schützen-Division auf den Namen Hartung ausgestellt waren, verlesen. Eines dieser Dokumente lautete: „Der Vizefeldwebel (!) Hartung von der Nachrichtenabteilung der Garde-Kavallerie-Schützendivision Berlin, ist berechtigt von Halle aus nach allen Richtungen und nach Halle zurück die Eisenbahn zu benutzen. Alle Behörden werden ersucht, ihn ungehindert reisen zu lassen und nötigenfalls Schutz zu gewähren." Unterschrieben ist der Ausweis von einem Major und mit einem Stempel der Garde-Kavallerie-Schützendivision versehen.

Auf die Frage des Vorsitzenden mußte Hartung zugeben, daß er all diese Ausweise gefälscht habe. Mit Hilfe dieser gefälschten Papiere hat nun Hartung im Februar und März v. Js. bei Hallischen Bürgern (es gibt ja noch Dumme genug! Die Red.) 9000 Mk. für die Nachrichtenstelle der Garde-Kavallerie-Schützendivision gesammelt. Das Geld hat er aber teils für sich verwendet und mit einem Teil davon eine Reihe von Leuten für die Nachrichtenstelle der Garde-Kavallerie-Schützendivision angeworben. Bei dieser Anwerbung benutzte er ein von einem Major der Nachrichtenstelle an den „Vizefeldw. Hartung" gerichtetes Schreiben, in dem der „Major" seinen Spitzeln Direktiven für ihre saubere Tätigkeit gab. Das Schreiben, in dem besonders zur Vorsicht der U. S. P. gegenüber gemahnt war, trug die Ueberschrift: „Streng geheim" und war von einem Geheimschreiber" von Seydewitz gegengezeichnet. — Vors.: Wie kamen Sie zu dem Schreiben. Hartung (kleinlaut): Es ist auch von mir gefälscht. Dann berichtete er zaghaft und stockend, daß er **in Halle mit den von ihm angeworbenen Leuten „im Dienste der Regierung gearbeitet"** habe. Er habe auch Berichte über seine Tätigkeit nach Berlin gesandt. Auch Toller habe er verfolgt. Als Levine in Ammendorf war, hätte er ihn sicher verhaftet, wenn er ihn erwischt hätte. So beteuerte der erneut um die Gunst des Gerichtes bettelnde Hartung. Aber es half alles nichts, selbst die Schilderung seiner „patriotischen" Tätigkeit konnte ihn nicht vor weiteren Enthüllungen schützen.

Ein nach der Verhaftung Hartungs vom Kriminaloberwachtmeister Tullius abgefaßtes Protokoll über die erste Vernehmung Hartungs wurde stückweise, schnell verlesen. Darin gab Hartung zu, daß er von selbst die Saale-Zeitung besetzt und Flugblätter verbrannt habe. In dem Protokoll heißt es: „Ich hatte von niemand den Auftrag, die Saale-Zeitung zu besetzen." Und noch vor zwei Tagen hat dieser verlogene Mensch mit frecher Stirn behauptet, Ferchlandt habe ihm den Auftrag dazu gegeben und die Wachen „ganz genau instruiert." Weiter lautet das Protokoll mit einem gewissen Vorsatz ließ ich mich damals bei der kommunistischen Partei einschreiben. Selbst dem Vorsitzenden schien nun ein Licht aufzugehen: Daraus kann man eventuell (!?!) den Schluß ziehen, daß Sie mit dem Vorsatz in die K. P. D. und in die Matrosenkompagnie eingetreten sind, um Material gegen Ferchlandt zu sammeln? — Hartung: Nein, das stimmt nicht! Darauf las der Vorsitzende weiter vor: „Es gelang mir bald, in die nächste Nähe Ferchlandts zu kommen und sein Vertrauter zu werden." Auf die Frage des Vorsitzenden, was er denn mit diesem Satze habe sagen wollen, wußte der sonst so schlagfertige Hartung nichts zu antworten. Um weiteres Unheil zu verhüten raffte er sich nochmals auf und verteile mit weinerlicher Stimme:

„Herr Vorsitzender, es ist mir bei meiner Vernehmung ausdrücklich versprochen worden, daß nichts von dem, was ich sage, an die Oeffentlichkeit kommt." (Anhaltendes Gelächter im Zuschauerraum.) Vors.: Wenn das Gelächter nicht sofort aufhört, werde ich den Zuschauerraum räumen lassen.

Die Richter saßen verlegen lächelnd da und drehten sich hin und her. Ob sie wohl daran dachten, daß sie noch tags zuvor ganz andächtig den Aussagen dieses „Ehrenmannes", der nun in seiner ganzen jämmerlichkeit vor ihnen stand, lauschten? Es wurden noch einzelne Bruchstücke aus einem weiteren Protokoll verlesen, aus denen ganz zweifelsfrei hervorging, daß Hartung schon im Januar 1919 als Spitzel tätig war. Und noch am Freitag fragte der Vorsitzende unseren Genossen Kasparek bei seiner Vernehmung mit erhobener Stimme: Können Sie Beweise dafür bringen, daß Hartung überhaupt Spitzel war? Und gestern mußte derselbe Vorsitzende (die Stimme war allerdings diesmal gedämpft!) die eigene Angabe Hartungs, die er vor dem Untersuchungsrichter zu Protokoll gegeben hat, verlesen: „Jedenfalls war ich zurzeit der Besetzung der Saale-Zeitung schon als Spitzel tätig." In der letzten Woche war das Gericht krampfhaft bemüht, jeden Angriff der Verteidigung auf Hartung ebenso abzuwehren, wie es im Kilian-Prozeß der Vorsitzende Neuhaus und der Staatsanwalt Saß taten. Nach dem Verlesen der Protokolle wußte Hartung weiter nichts zu sagen, als daß er in den Protokollen gelogen und vor Gericht die Wahrheit gesagt habe. Das war selbst dem Vorsitzenden zu dumm, und er meinte ziemlich übelgelaunt zu dem famosen Kronzeugen, daß er nun nicht mehr wisse, wo Hartung eigentlich gelogen habe. Er fände sich nicht mehr zurecht. Warum verzichtet man da nicht auf die Mitwirkung dieses Individuums? Auf die Frage, was er zu dem Vorwurf der Verteidigung zu sagen habe, die behaupte, er sei Lockspitzel, schwieg sich der sonst so redselige Hartung aus.

Vert. Müller: Von all diesen interessanten Dingen höre ich heute zum erstenmal. — Vors.: „Ich auch, ich habe es heute nacht um 12 Uhr gelesen." Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er noch etwas anzugeben habe, meinte Hartung, der sich wieder etwas von seinem Schrecken erholt hatte: Man hat mir in Halle viel zu verdanken; wer weiß, wie es in Halle gekommen wäre, wenn ich nicht gewesen wäre." — Leider ist es richtig, daß man diesem notorischen Hochstapler „viel zu verdanken" hat. Durch die endliche Entlarvung Hartungs, die einer moralischen Hinrichtung gleichkommt, ist das ganze fluchwürdige System Noske, das sich auf das Spitzeltum stützt, bis ins innerste bloßgestellt und gebrandmarkt.

•

Achter Verhandlungstag.

Fortsetzung der Zeugenvernehmung.

Hauptmann Klusemann, Transportchef der Linienkommandantur: Er habe im November 1918 von der Eisenbahnabteilung des Großen Generalstabs die Anweisung erhalten, bewaffnete Transporte nach dem Osten weiterzuleiten. Der Hallische S.-Rat habe bald entgegengesetzte Anordnungen getroffen. Er habe deshalb dem S.-Rat über die Ankunft solcher Züge falsche Angaben gemacht. Mit frecher Gebärde betonte besonders der äußerlich äußerst „korrekte" Offizier, daß er den S.-Rat grundsätzlich belogen habe. Aber da der hiesige S.-Rat leider nach auswärts sehr gute Verbindungen gehabt habe, sei er hinter seine Schliche gekommen. Er habe deshalb die Züge in Zukunft nicht mehr über Halle, sondern über Weißenfels weitergeleitet. Aber auch das sei ihm am 8. Januar mißglückt. Ein bewaffneter Transportzug sei aus Versehen in Halle eingefahren. Ferchlandt habe die Entwaffnung der Truppen verlangt und sei dabei energisch aufgetreten. Er, Klusemann, habe schließlich den Auftrag gegeben, daß die letzten Wagen, in denen sich Geschütze befanden, abgekoppelt wurden. Der Transportzug sei für den Grenzschutz Ost bestimmt gewesen. — Ferchlandt: Es handelte sich um einen Demobilisationstransport, aber nicht um einen für den Osten bestimmten Zug. Das hat mir damals Hauptmann Klusemann selbst gesagt. — Klusemann bestritt die Aussagen Ferchlandts; er habe, nachdem er den Befehl zum Abkoppeln gegeben hatte, den Bahnhof verlassen, um sich dies traurige Schauspiel als Soldat zu ersparen. Im übrigen habe er sich dem S.-Rat Halle nicht unterstellt gefühlt. — Ferchlandt: Das beweisen die falschen Meldungen an den S.-Rat. — Vorsitzender (zu Ferchlandt): Mäßigen Sie sich, sonst erklären wir Sie für verhandlungsunfähig und verschieben den Prozeß. — Ferchlandt: Ich stelle es Ihnen anheim.

Benno Sander, ein „Vertrauensmann" des S.-Rates bei der Linienkommandantur, schilderte, wie er mit Hauptmann Klusemann und Graf Westarp zusammen unter einer Decke gesteckt und dem S.-Rat falsche Meldungen gemacht habe. — Klusemann: Nach der Entwaffnung des Transportzuges und der Verhaftung des Grafen Westarp habe er sich an die Reichsregierung gewandt.

Lange wurde dann wieder über das Noske-Telegramm an den S.-Rat und über die Schießerei auf dem Leutscher Bahnhof, wo es 14 Tote gegeben hatte, verhandelt.

Hauptmann Weise, der „Sachverständige" des Kriegsgerichts, hielt erneut eine lange Rede, in der er im Verhältnis zu seiner Wichtigtuerei lediglich die Vermutung aussprach, daß durch die Umleitung der Züge neben dem Zeitverlust auch ein größerer Kostenaufwand entstanden sei.

Leutnant der Reserve Schmidt, Lizenziat der Theologie, hielt dem Gericht einen eingehenden Vortrag über die „Empörung" der Herren Offiziere, die durch das Verlangen des S.-Rates, daß alle Mangelhaften abgelegt werden sollten, hervorgerufen war. Er, der Theologe (!!!), habe mit den Aerzten auch wegen eines eventuellen Verzichtstreits verhandelt. Der Herr Lizenziat vergaß des öfteren, was er eigentlich seiner priesterlichen Würde schuldig war. Erregt wurde über die Verhandlungen zwischen Ferchlandt und Artillerie gesprochen, die nach der Bewaffnung der Kistiften in der Artilleriekaserne stattgefunden haben. Wild schrie manchmal der Gottesmann auf und sprühte von einer Gehässigkeit, wie sie höchstens noch bei Hartung festgestellt werden kann. Ein Ehrenwort habe er Ferchlandt niemals gegeben! Entrüstet wies der priesterliche Leutnant eine derartige Frage zurück. Doch der Vert. Müller kramte die Ehrenwortgeschichte aus dem Kilian-Prozeß aus, wo ja bekanntlich Schmidt sein dem S.-Rat gegebenes Ehrenwort so „jesuitisch" ausgelegt hatte.

Gerichtsassessor Kämmerer: F. habe einmal während des Krieges im Westen deutsche Unteroffiziere beschimpft, weil sie zwei Franzosinnen eine Wage wegnehmen hatten. Er hatte ihnen befohlen, die Wage sofort wieder zurückzubringen und dadurch Partei für die Franzosen genommen (!!) F. sei dafür disziplinarisch bestraft worden. (Und die Unteroffiziere?) Entrüstet nahm das Gericht von diesem Landesverrat Kenntnis. F. habe später seinen Untergebenen gegenüber das Vorgesetztenverhältnis zu sehr herausgekehrt. F. erklärte seine Versetzung durch ein Zerwürfnis, das er mit seinem Vorgesetzten gehabt habe.

Johannes Schöning (Parteisekretär der U. S. P.) in Leipzig: Vor kurzem wurde mir Hartung im Kilianprozeß gegenübergestellt, den ich vorher noch nicht gesehen habe. Ich habe in Leipzig mit der Matrosenabordnung aus Halle in dem Quartier der Leipziger Matrosenkompagnie verhandelt, die uns berichtete, daß die Offiziere ein Ultimatum an den Hallischen Soldatenrat gestellt hätten. Wir waren nicht gewillt, Truppen nach Halle zu senden, und deshalb sind wir selbst nach Halle gefahren und haben mit Kilian über die Sache verhandelt, der von der ganzen Geschichte nichts wußte. Die Abordnung hat in Leipzig gesagt, sie komme im Auftrag Kilians. Den Namen Ferchlandt habe ich damals garnicht gehört. Matrose Franz war in Leipzig nicht Führer der Matrosenkompagnie. Vert. Müller: Jedenfalls war Franz nicht Kompagnieführer, wie Hartung behauptet hat. — Schöning: Wir lehnten jede militärische Hilfe für Halle glatt ab, schon aus dem Grunde, da ich mit dem sächsischen Ministerium für Militärwesen damals zusammen arbeitete.

Bernhard Dietz (Leipzig): Wer von der Hallischen Deputation das Wort geführt habe, könne er heute nicht mehr angeben. Die Matrosen hätten die Sache so dargestellt, als ob besonders die Hallische Matrosenkompagnie sehr gefährdet sei. Die Matrosen sagten, wir sollen in Halle ins Rathaus gehen, dort würden wir von A.-Ratsmitgliedern erwartet. Da aber im Rathaus niemand war, seien sie zu Kilian gefahren. Der Name Ferchlandt, oder eine Aeußerung, daß die Matrosen in seinem Auftrag kämen, sei in Leipzig bestimmt nicht gefallen.

Zeuge Graf bekundete, daß das Munitionsdepot Beesen anfangs Februar durch Artilleristen erbrochen und eine große Menge Munition gestohlen worden sei. — Feldwebel Illrich gab eine Schilderung über den Einbruch in die Schwensbergsche Bank am Riebeckplatz. Er habe Klauß und Hartung in Feldwebeluniform mit Portepee wiederholt gesehen.

Nachdem nun der Zeuge Weider seit einer Woche an der Verhandlung teilgenommen hat, wurde er zum zweiten Male vernommen, also schon in der äußeren Form ist auch dieser Prozeß ein Gegenstück zum Kilianprozeß, wo bekanntlich eben derselbe Herr Weider auch erst in der dritten Woche seine schwerbelastenden Aussagen gemacht hat: F. habe im Januar geäußert, die Nationalversammlung dürfe nicht zustande kommen. Später habe nach seiner Version Reise F. zu Parteisekretär Hildebrandt gesagt: „Genosse Hildebrandt, wir müssen die Arbeiter bewaffnen." — Vert. Müller beantragte die Ladung Hildebrandts. Weider behauptete dann, er habe von jener Zeit ab die Waffen vom Bahnhof direkt in die Marinekompagnie fahren müssen. Alles mögliche wälzte Weider auf den toten Meseberg. — Vert. Müller: Der Zeuge ist schon einmal im Ferchlandt-Prozeß vernommen, nun werden ihm an Hand der Protokolle alle möglichen Dinge vorgehalten. Das ist nach den Vorschriften der Militärprozeßordnung unzulässig. Anschließend stellte der Verteidiger eine Reihe von Unrichtigkeiten und Widersprüche des Zeugen Weider im Kilian-Prozeß fest.

Arbeiter-Sekretariat, Halle (Saale).

Sprechstunden für auswärtige Partei- und Gewerkschaftsmitglieder nur vormittags von 11 bis 1 Uhr; für in Halle wohnende **nur** nachmittags von 4½ bis 7 Uhr. Sonnabend nachmittags und Sonntags geschlossen.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 14. Januar 1920

Treue um Treue.

Gedächtnisfeier für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Eine Tugend des Proletariats ist die Dankbarkeit! Wer für die Sache des Volkes gelebt und gestritten, wer dafür sein Leben in die Schanze geschlagen und hingegeben hat, wer nicht wankte in den Zeiten der Not auf dem Vorposten, auf den die Arbeiter ihn gestellt haben, dem muß auch in den Tagen der höchsten Erregung eine Gedächtnisstunde geweiht sein.

Wieder bedecken, wie vor einem Jahre, Proletarierleichen den Boden Berlins, wieder herrscht Rechtlosigkeit und Willkür, und elende Verräter entpuppen sich aufs neue als Volksfeinde, wie damals, als in ihrem Auftrage Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet wurden. Wahrlich, der geeignete Rahmen für die Gedächtnisfeier, die das Hallische Proletariat morgen abend im Volkspark für die beiden großen Toten abhalten wird!

Arbeiter und Arbeiterinnen! Wie oft habt ihr in lodernder Empörung euch gegen das grausame Geschick gewandt, das dem revolutionären Heere in schwerer Zeit die besten Führer nahm! Zeigt nun durch einen Massenbesuch ohnegleichen, daß ihr derer gedenkt, die für euch gelebt haben und die für euch gestorben sind! Der Volkspark muß zu klein werden für die Massen, die dort morgen abend in heiliger Erinnerung das erneute Gelöbnis unerschütterlicher Treue für die Ideen der großen Vorkämpfer, unauslöschlicher Dankbarkeit für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ablegen. Welcher Arbeiter, welche Arbeiterfrau, welcher Arme und Gedrückte, welcher Mühselige und Beladene wird fehlen, wenn es gilt, die Pflichten der Dankbarkeit zu erfüllen.

Protest gegen das reaktionäre Betriebsrätegesetz.

In einer gestern stattgefundenen überaus zahlreich besuchten Versammlung der Hallischen Buchdrucker wurde zu dem reaktionären Machwerk der Regierung, genannt Betriebsrätegesetz, Stellung genommen und nach kurzer Debatte einstimmig folgende Entschließung angenommen:

Die am 13. Januar 1920 im Volkspark zu Halle tagende außerordentlich stark besuchte Generalversammlung des Ortsvereins Halle des Verbandes der Deutschen Buchdrucker spricht ihre Entrüstung und ihr Erstaunen über die Beschlüsse des Betriebsräte-Ausschusses der Nationalversammlung aus und legt die allerschärfste Verwahrung gegen die geplante Ausnahmegesetzgebung, die den Buchdruckern die wichtigsten und fundamentalsten Rechte der Betriebsräte raubt, ein. Sie erklärt, niemals diese grundlosen und gehässigen Ausnahmebestimmungen anzuerkennen und verlangt mit der größten Entschiedenheit die Gleichstellung im Gesetz mit den Betriebsräten der anderen Berufe. Die Versammlung wird sich mit aller Energie und allen Mitteln gegen jede Rechtsverminderung zur Wehr setzen und sich diejenigen Rechte, die den Betriebsräten in anderen Berufen zustehen, für ihren Beruf in Anspruch nehmen und auch durchzusetzen wissen. Der Verbandsvorstand und die Gehilfenvertreter werden hiermit beauftragt, sofort Schritte zu unternehmen, um eine Annahme dieser Ausnahmebestimmungen in der Nationalversammlung zu verhindern bzw. eine Abänderung der Beschlüsse der Betriebsräte-Kommission herbeizuführen. Die Versammlung drückt ihre größte Verwunderung darüber aus, daß die Vertreter der beiden sozialdemokratischen Parteien in der Betriebsräte-Kommission der Nationalversammlung einem derartigen Beschlusse zustimmen konnten, und verlangen von ihnen, daß sie ihre Stellungnahme bei den Plenarverhandlungen in der Nationalversammlung ändern und diese Ungerechtigkeit gegenüber den Buchdruckern beseitigen. Im übrigen fordern wir Annahme des Gesetzes laut seiner ersten Fassung, d. h. mit dem Rechte der Betriebsräte, bei Entlassungen mitzuberaten und in die Bücher Einsicht zu nehmen. Ohne diese Bestimmungen erkennen wir das Gesetz als zweckwidrig."

Was den Vorwurf gegen die beiden sozialdemokratischen Parteien anlangt, sei hier kurz festgestellt, daß die Fraktion der Unabhängigen Partei einen energischen Kampf gegen das Gesetz aufgenommen hat, folglich auch zu den in der Entschließung angeführten Verschlechterungen ihre Zustimmung nicht gegeben haben kann. Ein Beweis dafür ist auch der Verlauf der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung, die durch die Schuld der verbrecherischen Regierung ein so blutiges Nachspiel hatte. —

Gestern tagte in Halle eine sehr stark besuchte Konferenz der Vertrauensleute der Betriebsräte Mitteldeutschlands, die nach ausgiebiger Aussprache folgende Entschließung annahm:

„Die in Halle am 13. Januar versammelten Vertreter der revolutionären Arbeiterschaft Mitteldeutschlands erklären von neuem, daß die Angestellten und Arbeiter des genannten Gebietes nach wie vor gewillt sind, ihre revolutionäre Tatkraft und Disziplin in den Dienst des Befreiungskampfes des Proletariats und der leidenden Menschheit zu stellen. Sie sind täglich und stündlich bereit, als Vortrupp mit der Gesamtheit des revolutionären Proletariats den Machtkampf mit dem Kapital auszufechten.

Die Wirtschaftliche Räte-Organisation Mitteldeutschlands."

Die revolutionären Betriebsvertrauensleute von Halle und Umgegend haben gestern abend sich gleichfalls mit der Angelegenheit beschäftigt und sich auf den Boden der Entschließung gestellt. Die Regierung und die kapitalistischen Parteien sind also gewarnt, es nicht zum äußersten kommen zu lassen.

Ein unverschämtes Lügen- und Schwindelpapier

ist die sogenannte Hallische Allgemeine Zeitung, „Amtliches Verordnungsblatt des Magistrats der Stadt Halle". Im Lügen und Schwindeln hat dieses ehrenwerte, unter Ausschluß der Oeffentlichkeit erscheinende Organ von jeher Erstaunliches geleistet. Seitdem es aber mit dem Gelde der sogenannten Deutschen Volkspartei ausgehalten wird, hat es in dieser edlen Fähigkeit den Gipfel erklommen. Wir haben wegen der Bedeutungslosigkeit dieser Zierde im deutschen bürgerlichen Pressesumpf bisher sein verlogenes Geschmiere nie beachtet, denn der M. E—g, der den politischen Teil dieses Blattes zusammenschustert und zuweilen auch einen phrasenhaft geschwollenen Leidartikel verbricht, ist ein in politischen Dingen unglaublich oberflächlicher Nichtwisser. Wenn wir diesen traurigen Seichtheutel heute einmal anpranger, so nur, um unseren Lesern wieder einmal zu zeigen, welcher Schamlosigkeit diese Hüter der „nationalen Ehre" fähig sind, wenn es ihnen darum zu tun ist, ih ihren bedauernswerten Lesern den furor teutonicus, die teutsche Wut, anzufachen. In einem Durch Nacht zum Licht! betitelten Aufsatz leistet sich dieses „deutschvölkische" — Nachtlicht u. a. folgende Frechheit:

„In Dunkel ist das Land gehüllt, in tiefschwarze Nacht. Die Schuld tragen Deutsche... Am 8. Oktober 1918 hatte

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200114-11/fragment/page=0006

Hindenburg noch ein **Durchhalten bis zum Frühjahr** in Aussicht gestellt und am 26. Oktober hatte er noch erklären lassen: „Wir sind über den Berg gekommen.“ Aber schon am 9. November machte die **Revolution** allen **Hoffnungen** ein Ende. **Deutsche hatten Deutschland besiegt** . . . Die Schürer und Hetzer der Revolution und ihre Helfershelfer sind. **Deutschlands Totengräber**, sind **diejenigen**, die die ganze Schuld an unserem jetzigen namenlosen Elend trifft . . .“

Wenn man einem **Menschen, der nach alledem, was schon** längst über den militärischen Zusammenbruch Deutschlands **authentisch** feststeht, heute noch solche unverschämte Behauptungen aufzustellen wagt, nicht den mildernden Umstand der — **Geisteskrankheit** zubilligen will, — so bleibt nichts als die Tatsache **bewußter**, ganz gemeiner Fälschung und niederträchtiger Lüge übrig. Denn heute ist es allgemach in Deutschland jedem Kinde, geschweige denn einem Zeitungsschreiber —, bekannt, daß sich die beiden „nationalen Heroen“ Hindenburg und Ludendorff schon im **August** 1918 auch allmählich darüber klar geworden waren, daß es mit ihrem vielgerühmten „Siegfrieden“ Essig sei! Bekannt ist weiter jedem Kinde, daß niemand anders als Ludendorff es war, der in seiner Bedrängnis am 4. **Oktober** 1918 die damalige Regierung in schweißtriefender Eile zum beschleunigten Abschluß eines Waffenstillstandes **drängte**!

Das bedeutete nichts anderes als das Eingeständnis des „großen Heerführers“, daß es mit Deutschland Matthäi am Letzten, daß es militärisch vollständig fertig war und sich den Siegern auf Gnade und Ungnade ausliefern **mußte**. Der „große Geschichtsschreiber“ der Allgemeinen, M. E—g, aber wollte mit Hindenburg am 26. Oktober, also drei Wochen nach Ludendorffs Kapitulation, noch immer „siegen“! . . .

Wahrhaftig, der Ekel würgt einem, wenn man sehen muß, mit welcher Unverfrorenheit und Schamlosigkeit diese kapitalistischen Soldschreiber zu nationalistischen Zwecken ihre gedanken- und urteilslose Leserschaft weiter täuschen, belügen und betrügen! — Ein Volk aber, das sich nach den furchtbaren Erfahrungen und Leiden, die es infolge der ungeheuren Schuld seiner Kriegsverbrecher durchmachen mußte und noch muß, so etwas immer wieder und noch bieten läßt, ist im Grunde noch erbärmlicher als diese bürgerlich-kapitalistischen gewissenlosen Sudler, deren Schwindel- und Fälscherpapiere es noch immer liest, statt sie auf dem Misthaufen verfaulen zu lassen!

Neuer Straßenbahntarif und neue Linien.

Drei neue direkte Linien 1 A, 5 A, 7 A.

Morgen, am 15. Januar, tritt der neue Straßenbahntarif in Kraft. Erfreulicherweise soll dieser leider unvermeidlichen Belastung der Einwohnerschaft auch eine kleine **Verbesserung der Verkehrsverhältnisse** entsprechen: Die lange schon gewünschte, aber der Kriegsverhältnisse wegen bisher nicht durchführbare direkte Nordsüdverbindung (Trotha—Geiststraße—Ulrichstraße—Markt—Franckeplatz—Rannischer Platz) soll vom 15. ab in der Weise geschaffen werden, daß **jeder 2. Wagen der Linie 1** (als **Linie 1A**) nicht den bisherigen Weg über Walhalla, sondern jenen neuen direkten Weg nimmt, der allen denen, die von der Reilstraße aus in die Geist- und Ulrichstraße gelangen wollen, das Umsteigen erspart und zugleich die Reisezeit für die ganze Strecke verkürzt. Gleichzeitig soll die **Linie 7** in ähnlicher Weise in zwei Teile gespalten werden, deren einer — alle 12 Minuten — den bisherigen Weg der Linie 7 fährt, während — ebenfalls alle 12 Minuten — der andere Teil — als Linie 7A — von der Richard-Wagner-Straße geradeaus zur Wucherstraße und sodann durch die Magdeburger Straße zum Bahnhof fahren soll. Auch hier wird eine neue direkte Verbindung geschaffen, die zugleich den Bewohnern der betreffenden Stadtteile den Weg zum Bahnhof erheblich verkürzt. Eine direkte dritte Verbindung sollte gleichzeitig dadurch geschaffen werden, daß jeder zweite Wagen der **Linie 5** über den Riebeckplatz hinaus weiter bis zur **Artilleriekaserne** geführt werden sollte (als Linie 5A), um auch hier Norden und Süden ohne Umsteigen zu verbinden. Leider kann aus Betriebsgründen **diese** Verbesserung erst mit einer kleinen **Verspätung** — etwa Ende dieses Monats — in die Erscheinung treten.

Alle drei Aenderungen sind wiederum nur ein — wenn auch wichtiger — Teil der von der Verwaltung in Aussicht genommenen **neuen Linienführung der gesamten Straßenbahn**, die nach dem Erwerb der Stadtbahn geboten, aber infolge der Kriegsverhältnisse bisher nicht möglich war. Sie ist auch **jetzt** leider nur zu dem oben geschilderten Bruchteil durchführbar, da infolge Materialmangels weder die neuen Bahnlinien bzw. die zweiten Gleise auf alten Linien, deren Bau zum Teil Voraussetzung für die Ausgestaltung der neuen Linienführung ist, durchweg ausgebaut werden konnten, noch die für die neuen Pläne nötigen Wagen bisher in ausreichender Zahl bereitgestellt werden konnten. Beide Hindernisse werden hoffentlich im Laufe des Sommers überwunden, so daß dann der gesamte großzügige Plan einer für die Bewohner **aller** Stadtgegenden gleichmäßig vorteilhaften, verkehrstechnisch möglichst vollkommenen Linienführung voll durchgeführt werden kann. Wie uns von zuständiger Stelle noch weiter mitgeteilt wird, soll in Kürze statt des 12- und 6-Minutenverkehrs durchgängig ein 5-Minutenverkehr eingeführt werden. Auf der eingleisigen Strecke vom Kirchtor bis zum Volkspark soll bis zur Verlegung des zweiten Gleises eine elektrische Signaleinrichtung in der Art, wie sie sich in der Gr. Steinstraße bewährt hat, angebracht werden, ebenso auf der Strecke von der Hauptpost bis zum Stadttheater. Durch diese Signallampen soll das störende Aufeinanderfahren der Wagen vermieden werden. Der Ausbau der Gleise soll erfolgen, sobald das erforderliche Material zur Stelle ist.

* **Journalistischer Mob.** Die Morgenblätter der Halleschen bürgerlichen Presse zeigen bereits deutlich, mit welch innerem Jubel die Soldschreiber des Kapitalismus die Berliner Vorgänge begrüßen. Die Lügen und Verleumdungen, die wir aus dem vergangenen Jahre so gut kennen, beginnen wieder, und man bemüht sich redlich, alle Demonstranten vor dem Reichstagsgebäude als **Mob** und **Pöbel** zu denunzieren. Nicht nur die völlig einseitige Darstellung der Vorgänge, die den Stempel der Lüge allzu deutlich zeigt, ist es, die einen erneuten Beweis für die Verkommenheit der bürgerlichen Presse bietet. Es ist unerhört, wie man sich bemüht, die arbeitenden Massen Berlins, die direkt aus den Betrieben kommend, vor dem Reichstag gegen das **Betriebsräte-Gesetz demonstrieren wollten**, als Gesindel und **Pöbel** zu bezeichnen. Besonders die **Hallische Morgenzeitung**, der Ableger des **Generalanzeigers**, tut sich in dieser Art der Berichterstattung hervor. In der **Saalezeitung** aber greift Carl Delius hinein in den unerschöpflichen Quell seiner Phantasie und spricht von dem wüsten Terror, den — nicht die Regierung, aber „die Radikalen“ ausgeübt hätten. Am widerwärtigsten wirkt es, wenn Leute wie Helms ihr „Mitleid“ mit den armen Opfern der Regierung und ihren Hinterbliebenen aussprechen. Das ist ekelhafte Heuchelei, und die Opfer verdienen es nicht, daß ihnen ein Helms sein Beileid ausspricht, um dann eine Spalte loszuschlagen gegen die Arbeiterschaft. In diesen Tagen wird sich das Gift der kapitalistischen Presse wieder ganz besonders bemerkbar machen. Aus unzähligen Federn wird die Arbeiterschaft begeifert und das Bürgertum in den roten Schrecken gejagt werden, um die Progromstimmung zu schaffen, in der man Revolutionäre niederschlagen kann wie tolle Hunde, und dafür noch Belohnungen erhält. Wehe der Arbeiterschaft, wenn sie nicht bald erkennt, daß die bürgerliche Presse verschwinden muß aus ihren Häusern, und daß allein die Arbeiterpresse die Interessen der Proletarier vertreten kann!

* **Die Größe des Weltalls und der Sinn des Naturganzen** lautete das Thema des zweiten naturwissenschaftlichen Vortragsabends von August **Kahl** (Hamburg). Der Redner bot eine überreichliche Fülle von Material, aus dem wir nur einige leitende Gedanken herausschälen können. Die Welt ist unendlich, muß unendlich sein. Ueberall ist die Mitte der Welt, denn könnten wir uns von dem Mittelpunkt entfernen, so würde sich die Vorstellung ergeben, daß irgendwo ein Ende sein müsse. In diesem Verstande ist auch die Erde der Mittelpunkt der Welt, womit allerdings nicht einer Auffassung beigepflichtet werden soll, als ob die Erde für die Menschen geschaffen sei. Systematisch suchte Kahl den Sinn für die Entfernungen im Weltall zu wecken. Er ging vom Mond aus, auf den wir nach einer Sekunde gelangen würden, wenn wir mit der Geschwindigkeit des Lichtes reisten (Geschwindigkeit des Lichtes gleich 300 000 Kilometer). Der Weg zur Sonne würde bei gleicher Geschwindigkeit schon 8 Minuten erfordern. Dann ging der Referent zu den Planeten unseres Sonnensystems über, von denen er viel Interessantes zu sagen wußte, wobei ausgezeichnete Lichtbilder nach photographischen Aufnahmen von Prof. Wolf (Heidelberg) das Verständnis unterstützten. Aber dieses ganze Planetensystem ist nur ein Stäubchen im Weltall. Gibt es doch Sonnen, die vieltausendfach größer sind als unsere Sonne und milliardenfach den Inhalt unserer Erde ausmachen. Nehmen wir die Größe eines Lichtjahres als rund 1000 Milliarden Kilometer an, so ist der nächste Stern, den

An die revolutionären Arbeiter u. Angestellten!

Gestern ist unter dem Schutze von Maschinengewehren, Bajonetten und Handgranaten die Nationalversammlung zusammengetreten, um der deutschen Arbeiterschaft das Betriebsrätegesetz zu präsentieren und durchzupeitschen. Die Annahme dieses Schandgesetzes bedeutet eine Verewigung des Kapitalismus in Deutschland und verurteilt euch zu dauernder Sklaverei. Alle die Forderungen, den Betriebsräten das volle Mitbestimmungs- und Kontrollrecht zu geben, sind durch das Gesetz illusorisch gemacht.

Die Demonstration der Groß-Berliner Arbeiterschaft gegen das Betriebsrätegesetz ist mit Waffengewalt auseinandergetrieben worden.

Proletarierblut ist wiederum in den Straßen Berlins geflossen! Das ist die Antwort der Regierung auf die Forderung der revolutionären Arbeiterschaft.

Arbeiter und Angestellte von Halle und Umgegend! Zeigt heute abend durch Massenbesuch der Versammlung im Volkspark, daß ihr euch eins fühlt mit dem gesamten Proletariat Deutschlands.

Auf zum Protest!

Nieder mit dem Betriebsrätegesetz!

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins U. S. P.

Der Vorstand des Gewerkschaftskartells.

Der provisorische Bezirkswirtschaftsrat.

wir wahrnehmen, immerhin 4½ Lichtjahre von uns entfernt, der Polarstern 46 Lichtjahre, Millionen andere Hunderte und Tausende Lichtjahre. Die Ausdehnung unserer Milchstraße beträgt 600 000 Lichtjahre; es ist denkbar, daß wir noch heute das Licht von Sternen bemerken, die schon erloschen waren, bevor der Mensch der Neuzeit seine primitiven Werkzeuge verfertigte. Je mehr wir unsere Instrumente, Teleskope und photographischen Apparate vervollkommnen, um so mehr neue Sterne entdecken wir immer wieder. Unendlich ist die Natur. Und fragen wir nach dem Sinn des Naturganzen, so gibt es nur eine Antwort: Der Sinn ist der, den die denkenden Wesen sich aus der Natur machen. Nichts Zweites kann sein außer der unendlichen Welt, das Treibende liegt in der Natur. Gott und Natur sind eins, ein einheitlicher Begriff im Sinne Goethes. Das ist das wissenschaftliche Fundament der monistischen Weltanschauung, die Grundlage für eine neue Religion. — In der Diskussion beantwortete der Redner einige aus der Versammlung gestellte Fragen; er lehnte nachdrücklichst jedes Wunder, einen außer der Welt befindlichen Schöpfer, eine vom Körper wesensverschiedene, für sich bestehende Seele, überhaupt jeden Dualismus ab. — Schon heute sei der nächste Vortrag über die Abstammung des Menschen, der am 22. Januar, abends 7 Uhr, im Hofjäger stattfindet, dringend empfohlen. Kahl, ein Schüler des verstorbenen Jenenser Gelehrten Ernst Haeckel, richtet sich streng nach den Ergebnissen der Wissenschaft und weist jede übernatürliche Spekulation ab.

J.

* **Metallarbeiter-Betriebsräte.** Morgen, Donnerstag, abends 6 Uhr, kommen die Obleute zur Abrechnung im Volkspark zusammen. Am Dienstag, den 20. Januar, abends 7 Uhr, findet im Volkspark die nächste Vollversammlung statt.

* **Fabrik[illegible]l.** In der Nacht zum 14. d. M. wurde in einer Fabrik in d[illegible]mischen Straße ein Einbruch verübt. Es wurden gestohlen außer [illegible] einigen Treibriemen zwei Drehstrommotore mit Kurzschlußanker 1,5 PS Fabrikat A. E. G. Nr. 2136315 D 204 A 220/380 Volt 1420 n, und Fabrikat Conz Nr. 5541 120/220 Volt 1500 n. Vor Ankauf der durch die Nummern jederzeit erkenntlichen Motoren wird gewarnt und es wird gebeten, evtl. Mitteilungen an die Kriminalpolizei zu richten.

* **Stadttheater.** Heute, Mittwoch, abends 7 Uhr findet die Uraufführung der Tragödie Das Paradies von Hans Fehfisch statt. Donnerstag, abends 6 Uhr geht Richard Wagners Tristan und Isolde mit Kammersänger Walter Kirchhoff als Tristan in Szene. Freitag Martha, Sonnabend Das Paradies, Sonntag, nachmittags 3 Uhr, Kindervorstellung, Der Himmelsschneider, abends 6 Uhr Tristan und Isolde (Tristan: Kammersänger Walter Kirchhoff). Montag Das Christelflein, Dienstag, nachmittags 3 Uhr, Gastspiel der aus 17 wirklichen Zwergen bestehenden Liliputaner-Gesellschaft Sneewittchen und die sieben Zwerge. Kartenverkauf ab Donnerstag, vormittags 10 Uhr.

Dölau. Am Sonntag fand hier eine **Gemeindewählerversammlung** statt. Von den früheren Gemeindevertretern erschienen die Herren Baensch und Elsässer; die anderen hatten den besseren Teil der Tapferkeit erwählt. Gen. Kähne sprach über Gemeindeeigentum und unser Verfügungsrecht darüber. In der letzten Gemeindevertretersitzung war bekannt geworden, in welcher Weise die früheren Gemeindevertreter im Interesse von drei Villenbesitzern für immer die Gemeinderechte an ihren Grundstücken durch grundbuchamtliche Eintragungen beschränkt hatten. Herr Baensch hatte den traurigen Mut, diese Interessenwirtschaft noch zu verteidigen; er bezeichnete die Ausführungen des Gen. Kähne als eine Unverschämtheit. Alle Verkäufe wären auf rechtlicher Grundlage abgeschlossen, und es wäre selbstverständlich, daß die dortigen Anbauer in ihrer Ruhe nicht gestört würden. Er und seine Freunde hätten gar nicht anders handeln können, denn es wäre doch im Interesse der Gemeinde, wenn steuerkräftige Leute herangezogen würden. Wie „bereitwillig“ die Herrschaften im Steuerzahlen im allgemeinen sind, wurde Herrn Baensch nachgewiesen. Ob Herr Baensch und seine Freunde bei Verkäufen ihrer eigenen Ländereien auch so entgegenkommend sind, bezweifeln wir stark. Folgende Entschließung wurde angenommen: „Die heute versammelten Gemeindewähler beauftragen die Gemeindevertretung, gegen die im Grundbuch eingetragene Beschränkung über das Selbstbestimmungsrecht unseres Gemeindeeigentums beim Bezirksausschuß Klage zu erheben.“ — Weiter wurde eine Entschließung angenommen, die Gemeinde in der Nahrungsmittelversorgung der Stadt Halle gleichzustellen. — Gen. Scharsig gab einen kurzen Bericht als Vertreter des Kreistags und hob die Gründung des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts hervor. Gen. Heyne erläuterte einige Unklarheiten im jetzigen Mietverhältnis. Sämtliche neu abgeschlossenen Mietverträge sind innerhalb acht Tagen dem Gemeindevorsteher zu melden. Eine große Erregung machte sich in der Gemeinde durch die ungenügende Lebensmittelversorgung bemerkbar. Alle großen und kleinen Helden rufen heute, Deutschland könne sich nur durch Arbeit hochheben. Wo soll aber die Kraft zur Arbeit herkommen, wenn nicht genügend für Lebensmittel gesorgt wird? Den Gemeindevorsteher ist allerdings schnell fertig; er meint, die Arbeiter verdienen heute soviel Geld, daß sie die fehlende Nahrungsmenge im Schleichhandel kaufen können. Herr Lehrer Beeser schiebt die Kartoffelknappheit der Faulheit der Arbeiterfrauen zu. Als bei der Kartoffelernte Frauen gesucht wurden, hätten sich nicht genügend gemeldet. Der Herr könnte sich mit Leichtigkeit überzeugen, wo die größte Faulheit herrscht. Reinemache- und Waschfrauen findet man in Arbeiterfamilien nicht, die sind dort nicht „standesgemäß“.

Aus den Gerichtssälen.

Schwurgericht.

Freispruch von der Anklage des Totschlages. In der gestrigen Schwurgerichts-Verhandlung hatte sich der Glaser Franz **Bartholomäus** aus Atzendorf bei Merseburg wegen Totschlags und unbefugten Besitzes von Waffen zu verantworten. Er hatte in der Nacht zum 23. September den Maurer August Voigt **erschossen**, mit dem er früher eng befreundet war. Voigt hatte später zwei Drohbriefe an die Frau des Bartholomäus geschrieben. Dadurch kamen beide in Streit, zumal B. den Verdacht schöpfte, daß zwischen B. und seiner Frau irgendwelche Beziehungen bestanden hatten und seine Frau sei von Voigt schwanger geworden, habe aber das Kind abgetrieben. Ueber diesen Punkt wurde unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelt. B. hatte als Angehöriger der Sicherheitswehr stets seinen Revolver bei sich. In der Nacht zum 23. September schlug nun auf dem Gehöft des B. der Hund an. B. hörte, wie sich ein Mann am Waschhaus zu schaffen machte. Er hielt ihn für einen Einbrecher und schoß auf ihn. Daß es Voigt war, habe er nicht gewußt. Einem vor Gericht erschienenen Zeugen hat B. unmittelbar nach der Tat gesagt, ich habe einen Mann erschossen. Der Zeuge hatte den Eindruck, daß B. tatsächlich nicht wußte, daß der Erschossene Voigt war. Fast sämtliche Zeugenaussagen waren zugunsten des Angeklagten. Nur hatte B. am Nachmittag zu einem Gendarmeriewachtmeister, bei dem er gegen Voigt wegen Bedrohung Anzeige erstatten wollte, gesagt, wenn er Voigt auf seinem Grundstücke treffe, würde er ihn niederschießen. Der Angeklagte selbst bestritt vorsätzliche Tötung. Er habe nur in Notwehr gehandelt, da er jemand auf sich zukommen sehen, den er für einen Einbrecher hielt. Da ihn der Mann habe angreifen wollen, habe er geschossen. Erst später habe er beim Laternenschein Voigt erkannt. Da die Geschworenen die Schuldfrage auf Totschlag verneinten, wurde er freigesprochen und lediglich wegen Nichtablieferung der Waffe zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

Versammlungsbericht.

Gemeinde- und Staatsarbeiter. Die Abrechnung vom 4. Quartal gibt Kollege **Hertel**. An Einnahmen einschl. Bestandes der Lokalkasse 11 965,74 Mk., Ausgabe 5563,13 Mk., bleibt als Bestand der Lokalkasse 6402,61 Mk. Einnahme der Hauptkasse 8910,60 Mk., Ausgabe für den Hauptvorstand 2237,16 Mk., an den Hauptvorstand abgesandt 6673,44 Mk. Mitgliederbestand 1811, davon 522 weibliche. Die Kasse wurde geprüft und für richtig befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Hierauf stellt Kollege **Lorenz** den Antrag, da die Teuerung immer schlimmer wird, dem Kollegen Hertel für die Monate November, Dezember und Januar pro Monat 80 Mark extra zu bewilligen. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. Den Jahresbericht vom verflossenen Jahre gibt Kollege **Kahnt**. In längerer Ausführung spricht er über die Kämpfe um den Lohntarif und über die Filiale selbst, über die Arbeiten des Vorstandes und den Aufstieg der Mitgliederzahl, und fordert die Kollegen auf, auch in dem folgenden Jahre fest und tapfer zusammenzuhalten, da uns noch schwere Kämpfe bevorstehen werden. In der sich anschließenden Debatte spricht Kollege **Japp** im Namen der Versammelten dem Vorstande ein Vertrauensvotum aus. Des weiteren kam es noch zwischen mehreren Kollegen zu einer heftigen Debatte anläßlich des Kilianstreiks, und die Straßenreiniger sprachen ihrem Vertrauensmann ihr Mißtrauen aus. Bei der Vorstandswahl wurden folgende Kollegen gewählt: Kahnt 1. Vorsitzender, Bräunert 2. Vorsitzender, Hertel 1. Kassierer, K. Müller 2. Kassierer, Haack, 1. Schriftführer, Lang 2. Schriftführer, als Revisoren: Nolle, Arnold, Veits. Beisitzer: Binz, Möbius, Meyer, Gießler, Lohfing, Hänel. Informationskommission: Müller, Lorenz, Haase, G. Schmidt, Petroske, Veits, Donner. Kartelldelegierte: Petroske, Lorenz, Peter, Schneeweiß, Japp, Nolle. Hierauf erklärt Kollege Hertel, daß mit Ende dieses Monats seine Probezeit abläuft. Es wird beschlossen, daß die Unterkassierer Stimmzettel austeilen sollen und diese bis zum 25. Januar auf dem Ortsbureau abzuliefern haben. Kollege Hertel gibt dann bekannt, welche Rechte uns im Verband zustehen, und wie die Verwaltung die Unterstützungssätze noch durch lokale Mittel ausgebaut hätte; so erhalten zum Beispiel bei Arbeitslosigkeit die Mitglieder nach 52 Wochen Beitrag: in 1. Klasse 12 Mk., 2. Klasse 10,50 Mk., 3. Klasse 9 Mk., 4. Klasse 7,50 Mk.; bei Krankheit: 1. Klasse 9 Mk., 2. Klasse 7,50 Mk., 3. Klasse 6 Mk., 4. Klasse 4,50 Mk.; bei Streik: 1. Klasse 30 Mk., 2. Klasse 25 Mk., 3. Klasse 20 Mk., 4. Klasse 15 Mk. sowie für jedes Kind 1,50 Mk. An Sterbeunterstützung bei 52 Wochen 70 Mk., 104 Wochen 80 Mk., 156 Wochen 90 Mk., 208 Wochen 100 Mk., 260 Wochen 110 Mk., 312 Wochen 120 Mk. 364 Wochen 130 Mk., 416 Wochen 140 Mark, 468 Wochen 150 Mk., 520 Wochen 160 Mk. Ehefrauen erhalten die Hälfte der angegebenen Sätze. An Kindersterbeunterstützung in allen Klassen nach 52 Wochen bis zu einem Jahre 10 Mk., ein bis sechs Jahren 20 Mk., sechs bis vierzehn Jahren 30 Mk. Notunterstützungen sollen von Fall zu Fall geregelt werden, diese Unterstützungen kommen nur in einfacher Höhe in einer Familie zur Auszahlung. Die vorliegenden Sätze kommen zur Abstimmung und werden gegen 5 Stimmen angenommen. Desgleichen wird angeregt, eine Eingabe an den Magistrat zu richten und in dieser eine Wirtschaftsbeihilfe von 25 Mk. pro Woche zu fordern. Kollege **Haase** erklärt, daß zum Freitag, den 16. Januar, eine öffentliche Versammlung aller städtischen Arbeiter einberufen werden soll, um eventuell den Lohntarif zu kündigen, darum soll es der Versammlung überlassen werden, welche Schritte getan werden müssen, um der immer mehr steigenden Teuerung Herr zu werden. Kollege **Nolle** ist für auskömmliche Wochenlöhne, da mit den in dem Lohntarif festgesetzten Löhnen, auch wenn dieselben noch um 20 Pf. erhöht werden würden, die städtische Arbeiterschaft immer noch hungern würde. Mit der Aufforderung, die noch fernstehenden Kollegen dem Verband zuzuführen und tatkräftig für die Partei zu werben, schließt der Vorsitzende die Versammlung. An gesammelten Geldern für die streikenden Berliner Metallarbeiter sind 1631 Mark abgeliefert, für die Hallischen Holzarbeiter konnte ein Bericht noch nicht gegeben werden, da verschiedene Sammellisten noch im Umlauf sind.

Männer — schützt Euch durch **„Viro“** vor geschlechtlicher Ansteckung. Schachtel für sechsmaligen Gebrauch 2,50. Verkaufs- und Versandstelle **C. Klappenbach**, Gummiwaren, Halle, Gr. Ulrichstr. 41. Fernruf 6545. 7861

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200114-11/fragment/page=0007

Aus der Provinz.

Bitterfeld. Die Deutschnationale Volkspartei hatte sich am Montag abend zu der in Dörings Konzerthaus einberufenen öffentlichen Volksversammlung ein Paradepferd in der Gestalt des Arbeitersekretärs Voigtländer herbeigeholt. Der Vorsitzende Pastor Kleeberg aus Niempk glaubte, damit der Bitterfelder Arbeiterschaft eine Leuchte auf den jetzigen traurigen Wegen des Elends und der Not vorführen zu können. Unglücklicherweise verschmolz der Redner Politik und Gewerkschaft dermaßen, daß aus dem geistreichen Inhalt seiner Rede niemand recht klug wurde. Der patriotische Appell, den der Redner an die Versammelten richtete, konnte jedoch nicht alle befriedigen, wiewohl alle Stände vertreten waren. Geradezu Unwillen erregte es, als der Redner einen Teil der Schuld am verlorenen Kriege ehemaligen „Einjährig-Freiwilligen", die während der Kriegszeit zum Offizier befördert wurden, beimaß, da diese zu wenig Aktivität bewiesen und somit die Zersetzung des Heeres befördert hätten. Die gelben Gewerkschaften sind nach Angabe des Redners die allein seeligmachenden Organisationen, die die deutsche Arbeiterschaft zum Wiederaufbau des Vaterlandes bringen können und deshalb müßten die Arbeiter unter dieser Flagge gesammelt werden. Allgemeine Heiterkeit belohnte diese Weisheit. Die nun folgenden heftigen Angriffe auf die Männer der gegenwärtigen Regierung konnte die Schlappe, die der Redner sich geholt hatte, nicht wieder gut machen, denn der Bitterfelder Bevölkerung ist es schon lange klar, daß das gegenwärtige System morsch und faul ist. Die Aufforderung an die Arbeiterschaft, wenn es not tut, wieder Tag und Nacht zu arbeiten, um das verkrachte Staatsschiff flott zu machen, schadete seinen Ausführungen nur, denn das werktätige Volk Bitterfelds läßt sich auf keinen Fall abermals als Fronknecht des Kapitalismus gebrauchen. Man muß sich wundern, daß in deutschen Arbeiterkreisen immer noch Leute zu finden sind, die sich als Aushängeschild für die Deutschnationalen hergeben. Nach Beendigung seiner Ausführungen beteiligte sich Genosse Bormann an der Diskussion. In sachlicher und ruhiger Weise zerpflückte er die Phrasen des Vorredners und widerlegte Punkt für Punkt. Es gelang ihm vortrefflich, denn aufmerksam wurde Wort für Wort aufgenommen. Im gleichen Sinne sprach Genosse Becker. Auch die Angriffe, die der Referent Voigtländer gegen die ehemaligen Einjährigen gemacht hatte, wies er als gewesener Frontsoldat zurück. Gerade ein Volksoffizierkorps hätte Hervorragendes geleistet, was anwesende Mitkämpfer durch stürmischen Beifall bezeugten. Geschickt verteidigte er die Rechte der revolutionären Arbeiterschaft, und mancher Hieb saß sehr gut. Daß alles von den Versammelten anerkannt wurde, ging daraus hervor, daß das Schlußwort des Referenten Voigtländer sehr kläglich ausfiel. Nach Schluß der Versammlung stellte Frau Pastor Kleeberg den Genossen Becker, weil er jedesmal ihren Herrn Gemahl so angriffe, hauptsächlich als Vorsitzender und Kirchenvertreter, fand aber damit keinen Anschluß. Zornerfüllt rief sie ihm zu: „Die Theologie ist nur für die Feinen und nicht für die Groben". Allgemeines Bravo antwortete der streitbaren Pfaffengattin.

Bitterfeld. Ein Erholungsheim der Stadt. Eine für breite Schichten der Bevölkerung segensreiche Einrichtung hat die Stadt Bitterfeld geschaffen. Sie hat das landschaftlich schöne, in gesunder, staubfreier Waldluft belegene Oberförstereigrundstück Zöckeritz, etwa eine halbe Stunde von Bitterfeld entfernt, gepachtet und darin ein Erholungsheim eingerichtet, welches in erster Linie für unsere werktätige Bevölkerung bestimmt ist. Die Belegungsfähigkeit beträgt zur Zeit 16 Köpfe. Es bietet sich insbesondere für die örtlichen Krankenkassen die Möglichkeit, Rekonvaleszenten oder auch ihre sonstigen erholungsbedürftigen Mitglieder zur Kräftigung ihrer Gesundheit und Wiedererlangung der Arbeitsfähigkeit für einige Wochen in nächster Nähe gut unterzubringen; aber auch andere Erholungsbedürftige, insbesondere ehemalige Krieger werden auf Wunsch und nach Maßgabe verfügbarer Plätze gern aufgenommen. Für eine, den gegenwärtigen Verhältnissen angepaßte gute Verpflegung wird gesorgt, dabei ist der Pensionspreis ein verhältnismäßig niedriger, er beträgt zur Zeit 5 Mark pro Tag. Die Eröffnung des Heims findet am 15. Januar statt. Anmeldungen nimmt von jetzt an das städtische Wohlfahrtsamt, 1. Stock, Zimmer 11, entgegen, woselbst auch nähere Auskunft eingeholt werden kann. Bemerkt wird noch, daß Personen mit ansteckender Krankheit nicht aufgenommen werden. Die Erholungsbedürftigkeit muß ärztlich bescheinigt sein.

Brehna. Aus der Partei. Von kommunistischer Seite wurde am 8. Januar eine öffentliche Versammlung einberufen. Der Referent sprach über die bekannten Grundsätze und Forderungen der Kommunisten, sowie auch über die Gleichgültigkeit eines großen Teils der Arbeiter, die auch heute noch nicht ihre Lage richtig erfassen. Die Ausführungen waren durchweg sachlich gehalten, nur konnte der Redner sich nicht versagen, der U. S. P. ungerechtfertigte Vorwürfe zu machen. In der Diskussion widerlegte Gen. Donner diese Vorwürfe. Vor dem Parteitage der U. S. P. mögen verschiedene Ansichten über Taktik geherrscht haben. Aber unzweideutig sei auf dem Parteitag verkündet worden, daß wir voll und ganz die Diktatur des Proletariats durch die revolutionäre Aktion der Masse erstreben. Wir messen auch dem Parlamentarismus nicht die ausschlaggebende Bedeutung bei, sondern betrachten ihn nur als ein Mittel, um jetzt im Sinne der Aufklärung der Massen zu arbeiten. Und hier sei von den Kommunisten durch die Nichtbeteiligung an den Wahlen stark gefehlt worden. Erfreulicherweise beginne jetzt bei der K. P. D. selbst die bessere Einsicht obzusiegen. Es bedürfe noch schwerer Arbeit, um die Köpfe zu revolutionieren. Gen. Donner bedauerte noch die Streitigkeiten der beiden Gruppen untereinander, da sie doch auf demselben Wege ein gemeinsames Ziel erstreben, und wünschte den Tag herbei, wo sie geeinigt Schulter an Schulter zusammen kämpfen.

Eilenburg.
Sozialdem. Wahlverein U.S.P.
Freitag, den 16. Januar, abends 7 Uhr, in der Quelle: *4392
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht vom Parteitag. 2. Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Donnerstag, den 15. Januar, abends 7½ Uhr,
im grossen Saal des Volksparks, Burgstrasse:
Große öffentliche Volks-Versammlung.
Tagesordnung:
Liebknecht und Luxemburg — die Lehre ihres Lebens, Kämpfens und Todes für das Proletariat.
Redner: Redakteur **Paul Hennig**, Halle.
Werktätige Bevölkerung, Männer und Frauen, agitiert für recht zahlreichen Besuch.
7845 **Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins U. S. P. D.**

Metall u. Felle.
:: Spezial-Einkauf ::
zu folgenden hohen seltenen Preisen.
Winterhasen, prima 18 bis 23 Mk.
Ziegenfelle, prima bis 130 Mk.
Schafwolle, prima Kilo bis 40 Mk.
Marderfelle, Ia. prima bis 650 Mk.
Roßhaare (Schweif gebünd.) Kilo 25 Mk.
Kalbfelle (frisch) Kilo 45 Mk.
Schaffelle (frisch) Kilo 22 Mk.
Kaninchenfelle, prima, Stck. bis 16 Mk.
Alle anderen Sorten zu sehr hohen Preisen. 7747
Kupfer, Kilo 9 Mk. | Blei, Kilo 3 Mk.
Messing, „ 4.50 „ | Zink, „ 2 „
Rotguß, „ 7 „ | Zinn, „ 10 „
Metallsammler, Klempnermeister usw. erhalten besonders hohe seltene Preise.
Abholung kostenlos durch eigenen Boten.
Postkarte oder Telephon genügt.
Komme bei größeren Posten auch nach auswärts.
Franz Halle
Metall- u. Fellhandlung,
Halle a. d. S., Breitestr. 6. Tel. 4377.

Sie werden staunen
über die hohen **noch nie dagewesenen Preise,** die ich für alte künstliche, auch zerbrochene
Gebisse,
Zähne und Platin zahle.
Kein Zahn unter 8 Mk.
eventuell bis 40 Mk.
Platin bis 125 Mk. per Gramm.
Brennstifte Mk. 60 und höher.
Kaufe auch von Zahntechnikern und Händlern.
Kaufe nur Donnerstag, den 15. Januar, von 10 Uhr früh bis 6½ Uhr abends im **Hotel Deutscher Hof,** Franckestr. 8, I. Stock, Zimmer 8. 7578

Bringen Sie
schon jetzt Ihren
Sommerhut
zwecks guter, pünktlicher Lieferung zum Umpressen und Umnähen.
Neueste Muster-Vorlagen.
15 Geiststrasse 15
Adler-Apotheke
Inh.: Franz Schmidt
Telephon 4568 7862
Stroh- und Filzhutfabrik Franz Zenk.

Habe verschiedene Arten
Hunde, Wach- u. Ziehhunde,
sowie alle Sorten 7882
: Häute und Felle :
zu verkaufen.
Wilhelm Peter, Schmiedstr. 36.

Kaufe 7871
Eisen, Lumpen
usw. und zahle die höchsten Preise.
Leo Feltscher, Taubenstr. 3.
Telephon 6176. Telephon 6176.

Hasen-, Kanin-, Ziegen-, Schaf- und Kalbfelle usw.
kauft zu höchsten Tagespreisen 7872
Leo Feltscher, Taubenstr. 3.
Telephon 6176. Telephon 6176.

Zurichten (Gerben) und Färben
von Kanin-, Hasen-, Ziegen- u. anderen Fellen, sowie
Anfertigung u. Umänderungen
aller **Pelzsachen.**
7580 **Solfrian,**
Böllbergerweg 7 II.

Ausschneiden! Aufbewahren!
+ Frauen +
wo ähnl. Mittel versagen **verlangen** *4302
bei Störungen u. Unregelmäßigkeiten sofort nur d. anerkannt vorzügliche
Dr. Hoffmanns Mensalin.
Bestbewährt u. empfohl. Garant. unschädl. Pr. M. 6.50
Versand diskr. nur durch Dr. K. Hoffmann & Co., Berlin-Schöneberg 243.

Bettnässen 4324
Befreiung garantiert sofort. Alter und Geschlecht angeben. Ausk. umsonst.
Versandhaus Bavaria
München 344, Agnesstr. 8.

Karbid
eingetroffen! 7815
Otto Hänisch,
Turmstr. 156.

Alle Sorten
Felle,
Häute, Tierhaare und Wolle 7831
kaufen zu Höchstpreisen
Gebr. Danglowitz,
Fischerplan 2, Tel. 1178.

Bettnässen
Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angeben. Auskunft umsonst. *4254
Sanis Versand :: München 116 a.

Knirps-Tabak
wieder eingetroffen.
7798 **Emil Bock,**
Kleine Ulrichstraße 1.

Gebr. Nähmaschine bill. zu verk.
P. Rode, Streiberstr. 14,
7869 Eing. Thomasiusstr.

Achtung!
Wer kann Auskunft geben über den Gefreiten
Paul Schröter,
Infanterie-Regt. Nr. 66, 3. Batl., 12. Komp., geboren 25. August 1896 in Hauteroda bei Heldrungen (Thüringen), Kreis Eckartsberga, **vermißt d. 30. September 1918 bei Cambrai.**
Sollte irgend ein Kamerad näheres über den Gefreiten Schröter angeben können, so möchten wir ihn bitten, doch so bald wie möglich seine Adresse an Herrn
Otto Sperrhake, Ammendorf, Hohenzollernstraße 2a, zu senden. *4386

Felle,
a. Sort. Roßhaar, Wolle, Häute
kauft zu höchsten Preisen
A. Weise, 7535
Pelz- u. Fellhandlung.
Rannischestr. 1. Tel. 1667.
Händler erh. hohe Preise.

Starke 7879
Hand-Leiterwagen,
auch auf Teilzahlung.
Friedrich Gronau,
Barfüßerstraße 16.

Die freie Welt
Illustrierte Wochenschrift der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,
jede Nummer 25 Pfg. wöchentlich,
bringt in der Ausführung, ähnlich wie die Berliner Illustrierte Zeitung, die wichtigsten Vorkommnisse des Tages in Wort und Bild.
Bestellungen nehmen alle Austräger :: des „Volksblattes" entgegen. ::
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung,
Halle a. d. S., Harz 42/44.

„Leder"
-Ausschnitt 7593
Schäfte
Selbstgeliefertes Material wird bestens verarbeitet.
Sohlenfilz.
F. Noah, Leipziger Strasse 16,
Ecke Gr. Sandberg.

Singer-Nähmaschine
für 115 Mk. zu verkaufen.
Thomasiusstr. 6, 7868
Friseur - Geschäft.

2 Paar Herrenstiefel zu verk.
Weise, Jägerplatz 34.
Abends v. 6–8 Uhr. 7877

Gut erhaltene
Lang- und Filzstiefel (Friedensware) zu verkaufen. 7866
Schmeerstraße 17/18, II.

Arbeitsmarkt

Eine Aufwartung
wird gesucht bei 7887
Moritz Rosenthal,
Leipziger Strasse 1.

Tüchtige 7880
Rockschneider
auf Werkstelle gesucht. Dauernde Beschäftigung.
Leipziger Str. 1.

Leitfaden
für Gemeinde- und : Amtsvorsteher :
Ein Wegweiser für ihre Aemter
2. erweiterte Auflage.
Herausgegeben von der Bezirksleitung der U.S.P. Halle a. d. S.
Preis 75 Pf.
Wichtig für 7617 alle Gemeindevertreter.
Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, der Expedition d. Blattes, oder deren Austrägerin, sowie durch die Parteiorganisation oder direkt v. Bezirkssekretariat U.S.P. Halle, Harz 42/44 III, Z. 36.

50 Mk. Belohnung
demjenigen, der mir die Person, welche das Gerücht verbreitet hat, ich hätte wegen Schlachtware Einbruch verübt, so namhaft macht, daß ich dieses Subjekt gerichtlich belangen kann. *4887
Willi Bruckhaus,
Löbnitz a. d. S.

Kaufe
Felle,
Lumpen,
Alteisen,
zu höchsten Preisen,
jedes Quantum, auch das kleinste.
Philipp Schwabach, 7726
Raffineriestraße 44, Fernspr. 6237, kauft jedes Quantum zu höchsten Preisen.
Händler erhalten extra hohe Preise.

Lehrling,
mit guter Schulbildung, per 1. April für Engrosgeschäft der Automobil- u. Fahrradbranche gesucht. Angebote mit selbstgeschriebenem Lebenslauf unter **KE. 154** an **Ala, Haasenstein & Vogler,** Große Ulrichstraße 63. *4396

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706752621920014-11/fragment/page=0008